

Alerta Südthüringen

Infoheft für antifaschistische Kritik und Aktion aus Südthüringen



Schwerpunkt im Heft: Rechtsruck in Südthüringen

- ≈ Nachjustierung bei der Feindbestimmung: Auswertung zur Landtagswahl
- ≈ Mehr als ein Hauch von »Pro Arnstadt« im Thüringer Landtag
- ≈ Hildburghausen: Die Jagd auf die Konkurrenz
- ≈ Rassistische Hetze gegen Flüchtlinge in Suhl

In dieser Ausgabe:

Editorial	∞	3
Was ist los in Südthüringen?	∞	4
Nachjustierung bei der Feindbestimmung – Eine Auswertung zur Landtagswahl 2014	∞	7
Mehr als ein Hauch von »Pro Arnstadt« im Thüringer Landtag	∞	12
Wild wild East: Die Jagd auf die Konkurrenz	∞	14
Rassistische Hetze gegen Flüchtlinge in Suhl	∞	16
Kein Ende in Sicht – Neue und alte Skandale aus dem Arnstädter Stadtecho	∞	18
Friedrichroda und der Extremismus	∞	23
Ilmenau: Über 100 Geflüchtete erwartet	∞	26
Literaturtipp: »Die Einsamkeit Israels« von Stephan Grigat	∞	27
Solidarität mit den kämpfenden Kurdinnen und Kurden in Syrien und im Irak	∞	28
Ergänzung zum Redebeitrag der Antifa Arnstadt-Ilmenau	∞	31

Das Titelbild zeigt das während der antifaschistischen Aktionswoche vom 10. bis 16. November 2014 verschönerte Vaterlanddenkmal in Friedrichroda.

EDITORIAL

RUNDE DREI! Antifaschistische Politik in Südthüringen, wie wir sie im Rahmen der Organisation dieses Zeitungsprojektes und anderer Initiativen betreiben, sieht sich derzeit mit einer besonderen Widersprüchlichkeit konfrontiert. Während man als Außenstehender nach den Wahlen im September und der nun ins Amt gewählten linken Landesregierung meinen könnte, Thüringen sei ein Bundesland, das von sozialistischen Kräften dominiert ist, können wir als Insider mitnichten von einem Linksruck, sondern eher von gegenteiligem berichten. Das liegt nicht bloß daran, dass wir keine großen Hoffnungen auf parlamentarische Politik setzen, sondern dass es an der rassistischen Basis in Thüringen brodelte. Die avanciertesten Elemente dieser Gesellschaft, die Neonazis, haben längst begriffen, was in Zeiten von Krise, Abstiegsangst und steigenden Flüchtlingszahlen die Stunde geschlagen hat. Deswegen ist das Thema dieser Ausgabe der durch den Trubel um die neue Landesregierung in der öffentlichen Berichterstattung vielfach verdeckte Rechtsruck in parlamentarischer und allgemein-gesellschaftlicher Hinsicht. Wir werten die Landtagswahl aus antifaschistischer Perspektive aus, berichten über rassistische Basisbewegungen in Südthüringen und erweitern zugleich den Blick in eine Region, die sich mit noch übleren Kräften als den derzeitigen deutschen Neonazis und Protofaschisten konfrontiert sieht. Ihr seht, in unserer pünktlich vorm Weihnachtsfest erschienen Ausgabe #3 gibt es wieder ordentlich Zündstoff, der geeignet ist, zwischen Weihnachtsbaum und Festtagsbraten etwas Sinn zu stiften. Ausgabe #4 soll im Frühling 2015 erscheinen und gerne auch Einsendungen aus der Leserschaft enthalten. Meldet euch mal!

Eure Antifas von der Alerta-Redaktion!

So erreicht ihr uns:

Alerta Südthüringen

Infoladen Arnstadt
Plauesche Str. 20
99310 Arnstadt

antifa-sth@riseup.net
<http://agst.afaction.info>

WAS IST LOS IN SÜDTHÜRINGEN?

Hildburghausen: Rechtsrock-Openair in Leimrieth bei Hildburghausen

IN DER LETZTEN Ausgabe berichteten wir von dem geplanten Rechtsrock-Openair in Hildburghausen. Am 23. August 2014 fand das Nazievent unter dem Motto »Wir wollen Zukunft« statt, bei welchem nicht nur bekannte Nazibands spielten, sondern auch die Organisatoren des Openairs, Tommy Frenck und Patrick Schröder, als Redner angekündigt waren. Presseberichten zufolge konnte das Nazievent mit mehr als 300 Teilnehmern störungsfrei ablaufen. Am Nachmittag demonstrierten Bürger und Abgeordnete verschiedener Parteien mit einer Menschenkette gegen das Festival.

Kirchheim: Nazikonzert in Kirchheim

IN DER »ERLEBNISSCHEUNE« in Kirchheim, bereits bekannt als Veranstaltungsort für Nazis aus Thüringen und bundesweit, fand am 4. Oktober 2014 erneut ein Nazikonzert statt. Neben anderen einschlägigen Nazibands trat die NS-Hatecore-Band Brainwash¹ als Headliner auf. Das als Privatveranstaltung deklarierte Konzert wurde unter anderem auf der englischen Blood & Honour-Seite beworben. Ca. 200 Teilnehmer sollen angereist sein.

Ilmenau/Erfurt/Berlin: Ilmenauer Neonazis vor Gericht

IM HERBST 2014 mussten sich mehrere Neonazis aus Thüringen vor Gericht verantworten. Grund dafür war der brutale Überfall auf eine Feier im Kunsthaus im August 2012 in Erfurt. Unter den Angreifern befanden sich auch Patrick Voigt und Martin Gärtlein. Bei der Urteilsverkündung am 27. Oktober 2014 wurde Voigt zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei der nächste Prozess gegen ihn bereits läuft und Gärtlein erhielt erneut eine Bewährungsstrafe.

Am 17. November 2014 fand ein weiterer Prozess gegen Nazis aus Ilmenau statt, in dem unter anderem Patrick Voigt angeklagt war. Zusammen mit mehreren Neonazis hatte er bei einer Demonstration in Berlin Kreuzberg Gegen-demonstrant_innen angegriffen. Im Anschluss daran kam es bei Voigt und dem ebenfalls beteiligten und im Prozess angeklagten Marcel Thomas zu Hausdurchsuchungen. In der ersten Prozessrunde wurde Marcel Thomas nach dem Jugendstrafrecht verurteilt, muss 50 Arbeitsstunden ableisten und 500 € an den Schadensfonds der Integrationshilfe zahlen. Die Prozesse der anderen Angreifer stehen noch aus.

Suhl: Nazipropaganda im Suhler Wohngebiet

NAZIGRAFFITIS sind im Suhler Stadtbild nicht ungewöhnlich, Ende Oktober 2014 sind Sprühereien im Wohngebiet Himmelreich aufgetaucht. Der Einfallsreichtum der Sprühenden kannte keine Grenzen und fand seinen Ausdruck in Parolen wie »Pro Germania«, »Bleib wurzelstark« und »Asylflut stoppen«. Des Weiteren wurden Triskelen an Wände in und um die Unterführung an der Ilmenauer Straße gesprüht.

Erfurt: 24. Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag

ENMAL IM JAHR, um den Jahrestag der Reichspogromnacht herum, findet in Thüringen eine landesweite Kooperationsveranstaltung verschiedener antifaschistischer Initiativen aus dem radikalen und zivilgesellschaftlichen Milieu statt. Nachdem 2013 der Antifaschistische/Antirassistische Ratschlag in Suhl gastierte, fand er am 7./8. November 2014 in Erfurt statt. Zwischen 150 und 200 Menschen diskutierten in verschiedenen Workshops, Vorträgen oder auf dem Podium. Die Antifa Suhl/Zella-Mehlis lud in diesem Jahr Jan Gerber von der AG Antifa Halle ein, der vor ca. 40 Teilnehmern über die

¹ siehe auch <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&id=603>

neuen antisemitischen Montagsdemos sprach. Auch einige der Erfurter Organisatoren jener Montagsaufmärsche verirrten sich in den Vortrag, durften die Diskussion aber, nach diversen Vereinnahmungsversuchen, vorzeitig verlassen.

Schleusingen: Rechtes Motiv bei Angriff auf Imbiss vom Gericht ausgeschlossen

AM ZWEITEN WEIHNACHTSFEIERTAG 2013 wurden in Schleusingen die Autos zweier Menschen mit Migrationshintergrund angezündet und auf einen Döner-Imbiss geschossen. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Bei dem mutmaßlichen Täter wurde eine Razzia durchgeführt, bei der man mehrere Schusswaffen fand. Im November 2014 fanden die ersten Prozesstage statt, der Angeklagte schweigt vor Gericht bisher zu den Vorwürfen. Allerdings wird eine rechte Motivlage mittlerweile ausgeschlossen. Vermutlich gründet diese Annahme auf einem psychiatrischen Gutachten, nach welchem der Angeklagte unter Verfolgungswahn leide. Dabei wäre der Mann nicht der erste Nazi, dem man Verfolgungswahn attestieren muss. Mit derselben dummen Begründung hätte man Hitler vom Vorwurf des Nazitums freisprechen können. An Verfolgungswahn litt der Deutschen liebster Führer nämlich auch. Die Urteilsverkündung steht noch aus.

Ilmenau: Realsatire beim Sandmännchen

STEFAN SANDMANN, ehemaliger Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Ilmenau, machte in den letzten Monaten immer wieder mit Verbalattacken gegen die Partei Die Linke von sich reden. Die Linkspartei nennt er fast ausnahmslos SED-Nachfolgepartei und fantasiert von einer drohenden »kommunistischen Einheitsfront«, sollte Bodo Ramelow Ministerpräsident von Thüringen werden. Er wirft der Partei vor, die DDR-Vergangenheit nicht aufgearbeitet zu haben und spricht von einer drohenden Übernahme der Regierung durch »Stasi-Spitzel«. Dass die DDR alles andere als kommunistisch war, begreift Sandmann ebenso wenig, wie die Tatsache, dass Ra-

melow und das rot-rot-grüne Bündnis die heilige kapitalistische Eigentums- und Gesellschaftsordnung gar nicht antasten wollen. Dabei hätte ein Blick ins Koalitionspapier gereicht.



Machte sich glaubhaft zum Gespött des Landes: Stefan Sandmann (SPD) bei einer Störaktion gegen den Wahlkampf der Linkspartei im September 2014 in Ilmenau

Sandmann rief Anfang November zu einer Demonstration in Ilmenau gegen rot-rot-grün auf und verstand diese in Tradition der Montagsdemonstrationen von vor 25 Jahren. Dem antikommunistischen Spektakel schlossen sich circa 200 Menschen an.

Erfurt: Rechte Volksfront macht gegen Regierungswechsel mobil

DER ILMENAUER SPD-Mann und Antikommunist Stefan Sandmann trat auch bei einer Demonstration am 9. November 2014 in Erfurt auf. Dort demonstrierte ein Bündnis aus NPD, AfD, CDU, faschistischen Kameradschaften und eben solchen Irrläufern wie Sandmann gegen den Regierungswechsel. Unterschiedlichen Angaben zufolge demonstrierten zwischen 800 und 4000 Menschen u.a. mit Fackeln auf dem Erfurter Domplatz. Dass am Jahrestag der Reichspogromnacht die größte Demonstration eines lang nicht mehr dagewesenen Bündnisses von Konservativen und Faschisten stattfinden konnte, ist deutliches Signal dafür, dass sich in

Thüringen rechte Basisbewegungen im Auftrieb befinden.

Gotha/Friedrichroda: Antifaschistische Aktionswoche gegen Volkstrauertag & Naziaufmarsch

DAS ANTIFA-BÜNDNIS GOTHA, ein Bündnis von Antifa-Gruppen aus Gotha und Südhessen, hatte für die Woche vom 10. bis 16. November zur antifaschistischen Aktionswoche gegen den Volkstrauertag, die in seinem Zeichen stehende NS-Verharmlosung, gegen deutsche Opfermythen und den jährlichen Naziaufmarsch in Friedrichroda aufgerufen. In der Woche gab es mehrere Veranstaltungen und direkte Aktionen. So wurde etwa in Friedrichroda ein Satire-Flugblatt verteilt, das die bürgerliche Ignoranz den Nazis und anderen gesellschaftlichen Problemen gegenüber persiflierte. Außerdem wurde das Friedrichrodaer Vaterland-Denkmal, die Pilgerstätte der Nazis, von Unbekannten pink eingefärbt. Das Resultat könnt ihr auf dem Cover dieser Ausgabe sehen. Am Vorabend des Volkstrauertages tanzten mehrere dutzend Antifas, der aus einem Lautsprecher-LKW tönenden Live-Elektro-Musik folgend, durch Gotha und am Volkstrauertag selber protestierten ca. 70 Menschen gegen den Naziaufmarsch in Friedrichroda. Siehe hierzu auch unseren Artikel auf S. 23. Eine ausführliche Auswertung, Redebeiträge und Bilder unter www.volkstrauertag-abschaffen.tk.



Antifaschistische Nachttanzdemo am 15. November 2014 in Gotha

Schleusingen: »Heldengedenken« der Nazis

AM 15. NOVEMBER 2014, einen Tag vor dem Volkstrauertag, zogen nach Presseberichten 120 Nazis durch die Schleusinger Innenstadt, um das sogenannte Heldengedenken zu begehen. Die Nazis gedachten, wie um diese Jahreszeit und bei Nazis üblich, den deutschen Tätern des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Diese krude Veranstaltung stand unter dem Motto »Unsere Großväter waren KEINE Verbrecher«. Mit Fackeln und Kränzen ausgestattet zogen die Nazis in einem Trauerzug durch die Innenstadt zum örtlichen Soldatenfriedhof. Organisiert wurde der Marsch vom Bündnis Zukunft Hildburghausen und der Thüringer Heldengedenken Gemeinschaft, die auch zum »Heldengedenken« nach Friedrichroda mobilisierte. Ca. 400 Menschen sollen gegen den Naziaufmarsch protestiert haben.

Anzeige

Mitglied werden & unterstützen!

VVN-BdA

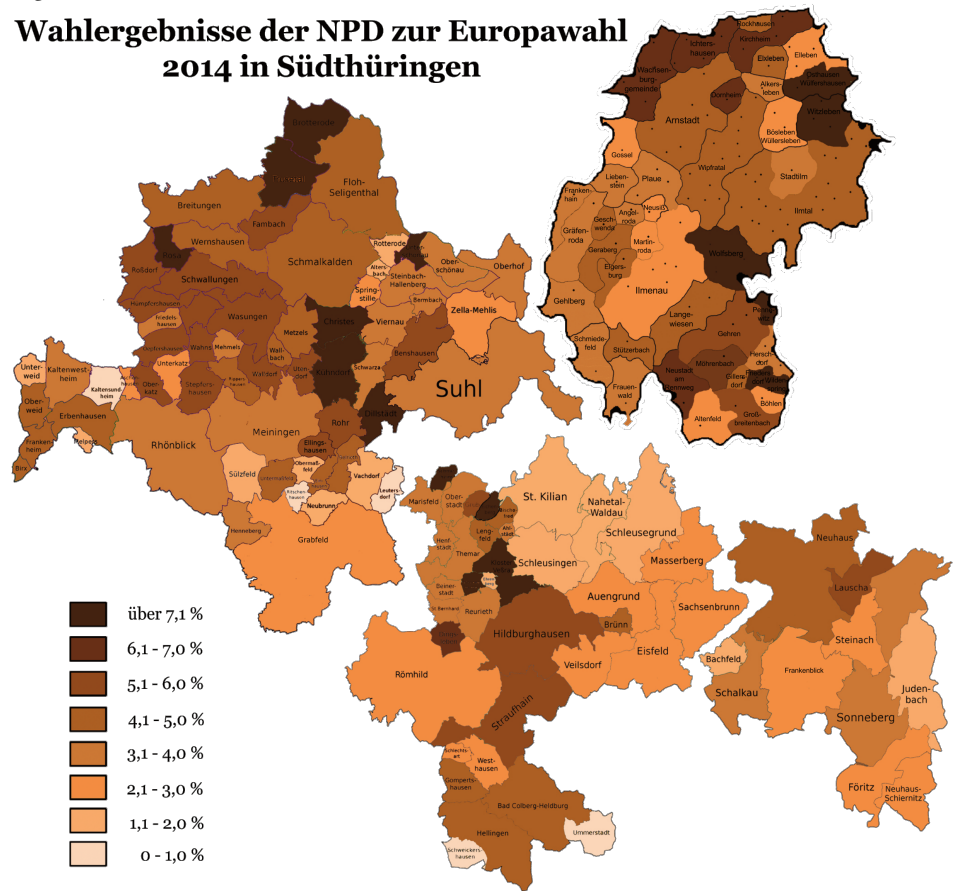
Thüringen

<http://thueringen.vvn-bda.de>

NACHJUSTIERUNG BEI DER FEINDBESTIMMUNG – EINE AUSWERTUNG ZUR LANDTAGSWAHL 2014

AUS ANTIFASCHISTISCHER PERSPEKTIVE endeten die Landtagswahlen vom 14. September 2014 mit einer Überraschung, zumindest, wenn man sich die Umfragewerte einige Wochen zuvor vor Augen führt. Weniger überraschend, aber erfreulich hinter den Erwartungen der Nazis zurückgeblieben, ist das Ergebnis der NPD. Lediglich 3,6 Prozent, und das sind immerhin 0,7 Prozent weniger als im Jahr 2009, machten ihr Kreuz bei der Partei von Spitzenkandidat Patrick Wieschke. Der Sieger des Wahlabends war eine Partei, die der NPD zahlreiche Stimmen abgenommen haben dürfte, die »Alternative für Deutschland« (AfD). Sie zog mit 11 Abgeordneten in den Thüringer Landtag ein, was einem Zweitstimmenergebnis von 10,6 Prozent entspricht. Mit diesem Ergebnis aus dem Stand hatten drei bis vier Wochen vor der Wahl die wenigsten gerechnet. Worin liegen die Ursachen?

Wahlergebnisse der NPD zur Europawahl 2014 in Südthüringen



RIESIGE SUMMEN hatte die NPD in das Projekt Landtagseinzug gesteckt. Flächendeckend hingen unzählige NPD-Plakate, wurden tausende Zeitschriften und Wahlmaterial verteilt. Die NPD tourte fünf Wochen lang mit ihrem Spitzenkandidaten durch das Land und engagierte in der Endphase des Wahlkampfes sogar ein Flugzeug, das einen Banner mit der Aufschrift »Wählt NPD« über Thüringen flog. Auch in sozialen Netzwerken wie Facebook brachte sich kaum eine Partei so intensiv in Stellung wie die NPD. Geholfen hat es am Ende nicht und selbst die Parteiführung, die sonst noch jede Blamage als einen Sieg verkauft hat, gab sich nach dem enttäuschenden Ergebnis des Wahlabends selbstkritisch. Vor allem Parteichef Wieschke hatte in den Tagen vor der Wahl mit einer gegen seine Person gerichteten Kampagne zu kämpfen. Antifaschist_innen brachten alte Ermittlungsakten ans Licht, die Wieschke als mutmaßlichen »Kinderschänder«¹ outeten. Außerdem habe Wieschke vor einigen Jahren seine eigene Mutter tödlich angegriffen und seine Schwester misshandelt. Nun überrascht es nicht, dass Nazis, die gerne die Todesstrafe für Kindesmissbrauch fordern, danach begehren, was sie sich und anderen versagen wollen. Die eifrigsten Verfolger von sogenannten »Kinderschändern« begehren nicht selten selber Kinder sexuell oder sehen in diesen zumindest verfügbare Mittel für sexuelle Triebbefriedigung, müssen dieses Verlangen aber verdrängen, abspalten und auf andere projizieren und dort verfolgen. Überraschend und bezeichnend für den Zustand der antifaschistischen Linken ist es dagegen, die Auseinandersetzung mit Nazis auf dem Niveau der Bild-Zeitung zu führen. An die Stelle der Auseinandersetzung mit faschistischer Ideologie und deren bürgerlichen Bedingungen tritt die Akririe der Anti-Nazi-Recherche, die die Vergangenheit der Nazis nach belastendem Material durchleuchtet. Am Ende hat diese Recherche Wieschke seinen Partejob in der Bun-

despartei gekostet, Landesvorsitzender der NPD bleibt er vorerst. Das verhältnismäßig schlechte Abschneiden bei der Wahl dürfte aber nicht auf diese Enthüllungen zurückzuführen sein.

Ausschlaggebender Grund für den Nicht-Einzug der NPD ist das Auftreten eines neuen Players, der das mögliche NPD-Klientel zu großen Teilen auf seine Seite zog. Der Ersttritt der »Alternative für Deutschland« (AFD) bei einer Landtagswahl in Thüringen hat die NPD ohne Zweifel um Stimmen gebracht. Ob mehr als 1,4 Prozent der AFD-Wähler der NPD ihre Stimme gegeben hätte, ist dagegen unklar. Ein Indiz ist das Erststimmenergebnis der flächendeckend mit Direktkandidaten angetretenen NPD in Wahlkreisen, in denen es keinen AFD-Direktkandidat gab. In solchen Landkreisen lässt sich eine eigentümliche Zunahme des Erststimmenanteils der NPD beobachten. Wahrscheinlich ist, dass viele, die der AFD ihre Zweitstimme gaben, ihre Erststimme mangels AFD-Kandidaten bei der NPD ließen und das obwohl dieser NPD-Kandidat keinerlei ernst zu nehmende Aussichten auf das Direktmandat hatte. Drei Beispiele aus unserer Region.

1. Im Wahlkreis Suhl / Schmalkalden-Meiningen IV holte die NPD ein Zweitstimmenergebnis von 3,6 Prozent. Das Erststimmenergebnis für den NPD-Direktkandidat Philipp Stöcklein im genannten Wahlkreis und ohne AFD-Kandidat lag bei 5,7 Prozent, also 2,1 Prozent über dem Zweitstimmenergebnis. Jene 2,1 Prozent kommen mit großer Wahrscheinlichkeit von Wählern, die ihre Landesstimme der AFD gaben und die möglicherweise ohne AFD-Wahlantritt beide Kreuze bei der Partei von Patrick Wieschke gemacht hätten.
2. Im Wahlkreis Schmalkalden-Meiningen II gaben 4,7 Prozent der Wähler ihre Zweitstimme und 6,1 Prozent ihre Erststimme Andreas Kunze von der NPD.

¹Der Begriff »Kinderschänder« steht hier in Anführungszeichen, weil wir ihn für höchst problematisch halten. Etwas (oder jemanden) zu schänden leitet sich her aus einem Entweihen, heißt eben Schande über jemanden zu bringen und bezieht sich somit weniger auf die Tat oder den Täter, sondern auf das Opfer als jemanden, der fortan in Schande lebt und somit in einer gewissen Weise auch stigmatisiert ist.

3. Im Wahlkreis Ilm-Kreis II wählten 4,4 Prozent mit der Zweitstimme NPD und 6,4 Prozent votierten mit der Erststimme für den aus Eisenach stammenden NPD-Mann Jonny Albrecht.

Es wird deutlich, ohne den Wahlantritt der AfD wäre es für die NPD tatsächlich noch knapp geworden.



NPD-Wahlkampfkundgebung am 12. September 2014 im Regen von Zella-Mehlis: die NPD zog wieder ab, ohne, dass der Spitzenkandidat ans Mikrofon trat

Doch anders als der AfD gelang es der NPD nicht, sich in ausreichendem Maße ins Bewusstsein der Wähler zu rücken. Sie ist von der Dynamik der neuen Heimat für Protestwähler¹ überrollt worden und so hat der Erfolg der AfD immerhin etwas Gutes. Er hat zugleich den Einzug der NPD mitverhindert. Ihr landesweit wahrscheinlich bestes Wahlergebnis holte die NPD übrigens auf dem Suhler Friedberg, dort wo im Sommer eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge eröffnet hat und wo derzeit ca. 600 Asylsuchende untergebracht sind. Die NPD avancierte hier mit 16,3 Prozent zur zweitstärksten Partei, hinter der auf dem Friedberg traditionell starken Linkspartei.

Wahlsieger Protofaschisten

NOCH EINIGE WOCHEN vor der Wahl lag die Thüringer AfD in Wahlumfragen zwischen drei und sieben Prozent. Ihr Landtageseinzug war möglich, aber alles andere als sicher. Enormen Aufwind brachte der Thüringer AfD

das Wahlergebnis der sächsischen Kameraden zwei Wochen zuvor. Bei der dortigen Landtagswahl am 31. August 2014 schaffte die AfD aus dem Stand 9,7 Prozent und zog ins erste deutsche Landesparlament ein. Der Wahlerfolg der sächsischen AfD und der pseudoantifaschistische Aufschrei des deutschen Establishments sowie der ausgelassene Jubel der Anhänger, die die reaktionäre Zeitenwende verkündeten, war für die rechten Protestwähler aus Thüringen ein Signal. Wer nur wählen ging, um den Herrschenden mal wieder einen Denkkzettel zu verpassen, setzte sein Kreuz bei dieser Partei ganz richtig und konnte sich im Nachgang damit brüsten, auch einer dieser konformistischen Rebellen zu sein, die endlich all die zum »gesunden Menschenverstand« geronnenen Ressentiments aussprachen, die man in diesen Kreisen mit der Wahrheit verwechselt. In solcher Weise ist die Dynamik zu erklären, mit der die AfD die vergangenen Landtagswahlen gewann und sich zum Sammelbecken der Enttäuschten und sozial Verelendeten aufschwang, die dieses Land in Hülle und Fülle produziert.

Hinzu tritt, dass die AfD durch den zur Staatsdoktrin geläuterten Antinazismus weit weniger tabuisiert wird als die NPD. Das liegt daran, dass die Spitzen der AfD (Lucke, Henkel etc.) keine klassischen Faschisten sind, sondern marktradikale, antisoziale Scharfmacher, denen es nicht vorrangig um die Volksgemeinschaft, sondern um die Sicherung der Privilegien der Bessergestellten geht. Solche antisoziale Politik geht ein gutes Stückweit gut zusammen mit dem von der abstiegsgeängstigten Mehrheitsbevölkerung geteilten Wunsch nach der Gängelung der EU-Südstaaten, der Schließung der deutschen Grenzen für Hilfesuchende und der Abschaffung des Euro. Die Deutschen missverstehen sich durch alle Klassen und Schichten hindurch als »Zahlmeister Europas« und wollen die europäische Wirtschaftsunion gerne dann verlassen, wenn Deutschland nach jahrelangen Profiten nun droht, für die an den deutschen Exportüberschüssen verschuldeten Südländer ein-

¹Der Begriff Protestwähler könnte suggerieren, diejenigen, die (proto-)faschistische Parteien aus Protest wählen, hätten keine inhaltlichen Bezüge zu den jeweiligen Programmen und Positionen und wollten nur ihren politisch-diffusen Unmut bekunden. Eine solche Behauptung liegt uns fern. Vielmehr soll damit ein Klientel begrifflich gefasst werden, das die symbolische Erteilung eines Denkkzettels an die Herrschenden zum wesentlichen Beweggrund der eigenen Wahlentscheidung erhebt.

stehen zu müssen. Der Nationalchauvinismus der Deutschen tritt in dem Moment offen zutage, wenn die Einheimischen in der Krise in den Rette-sich-wer-kann-Modus schalten und sich an der Illusion wärmen, dass Blut (und Boden) im Zweifel dicker sei als Wasser; sich die Landsleute, die sich zwar gegenseitig die Butter vom Brot neiden, immerhin näher stehen würden, als die Arbeiter und Angestellten aus Deutschland den Arbeitern und Angestellten aus Griechenland. Die deutsche Krisenlösungsstrategie heißt heute: die Armen aussperren statt die Armutsproduktion, den Kapitalismus, abzuschaffen.

Und selbst der Ministerpräsidentenkandidat der Linkspartei, Bodo Ramelow, hat weniger Behörungsängste mit der AfD als die meisten seiner Genossinnen und Genossen. Noch am Wahlabend ging er AfD-Mann Björn Höcke um den Bart und wollte mit der ganz großen Querfront die direkte Demokratie in Thüringen einführen bzw. eine zukünftige Zusammenarbeit mit der AfD abklopfen.¹ Der Griff zur Macht scheint überhaupt vergesslich zu machen. Stimmt es, was die Thüringer Allgemeine berichtet, so habe Ramelow auf einer Diskussionsveranstaltung am 14. November 2014 in Marburg die Grundstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit mit der Gestapo, dem Kernstück des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungssapparates, verglichen bzw. gleichgesetzt.² Wenige Stunden nach der vermeintlichen Äußerung ruderte Ramelow, wohl auf Geheiß seiner Partei, zurück.³ Aber zurück zum Thema AfD:

Zum Sammelbecken all jener potentiellen und realen Faschisten zu werden, die dieses Land ungebrochen hervorbringt, hatten schon viele Parteien versucht. Der letzte größere Anlauf war die sogenannte »Bürgerbewegung Pro Deutschland«, die eine zeitlang Rechtskonservative und Faschisten unterschiedlicher Lager einsammelte. Besonders erfolgreich war man aber nicht dabei. Der AfD ist es nun erstmals gelungen, große Teile dieser abstiegsgeängstigten, chauvinistischen, rassistischen und von der etablierten Parteien-

landschaft enttäuschten Mehrheitsbevölkerung hinter sich zu versammeln und dieses Klientel in Massen für eine dezidiert rassistische und chauvinistische Partei an die Wahlurnen zu mobilisieren. Besonderen Erfolg hatte man da, wo Prototaschisten seit Jahren die Abspaltung von der CDU vollzogen und sich zu einer eigenständigen Kraft entwickelt haben, etwa in Arnstadt. Dort existiert mit »Pro Arnstadt« eine politische Kraft rechts der CDU, die von 1994 bis 2012 sogar den Bürgermeister stellte, einen glühenden Antikommunisten und NS-Verharmloser, und bis heute als stärkste Fraktion im Stadtrat vertreten ist. Im Umfeld dieses Wahlbündnisses etablierte sich auch ein regelmäßig an alle Haushalte in Arnstadt und Umland verteiltes Anzeigenblatt. Das »Arnstädter Stadtecho« war immer schon Sprachrohr von »Pro Arnstadt« und macht heute kräftig Werbung für die AfD. Stadtecho-Gründer Hans-Joachim König ist heute beim AfD-Kreisverband Ilm-Kreis für die Pressearbeit zuständig. Im Einzugsgebiet von Pro Arnstadt, dem nördlichen Ilm-Kreis, erzielte die AfD mit 15,2 Prozent ihr landesweit bestes Wahlkreisergebnis.

Fazit / Ausblick

DAS STARKE WAHLERGEBNIS der AfD sowie das im Bundesvergleich ebenfalls starke Abschneiden der NPD, die eben nur ihre Stammwähler motivieren konnte, zeigt in ersten Ansätzen welches Potential für faschistische und protofaschistische Kräfte und Mobilisierungen im Thüringer Wahlvolk liegt. 14,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben einer solchen Partei ihre Stimme (10,6 % AfD, 3,6 % NPD, 0,2 % Republikaner). Solches Wahlverhalten ist ein weiteres Indiz dafür, dass in Deutschland die faschistische Option eine in Krisenzeiten immerwährende Möglichkeit ist. Mit einer solchen Bevölkerung ist keine bessere Gesellschaft zu machen, sondern eine noch schlimmere gilt es gegen sie zu verhindern.

¹Vgl. <http://youtu.be/enDDwZouEcg?t=1m27s>

²Vgl. <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Ramelow-in-Marburg-Linke-darf-bei-SED-Erbe-nicht-herumschwurbeln-1405937986>

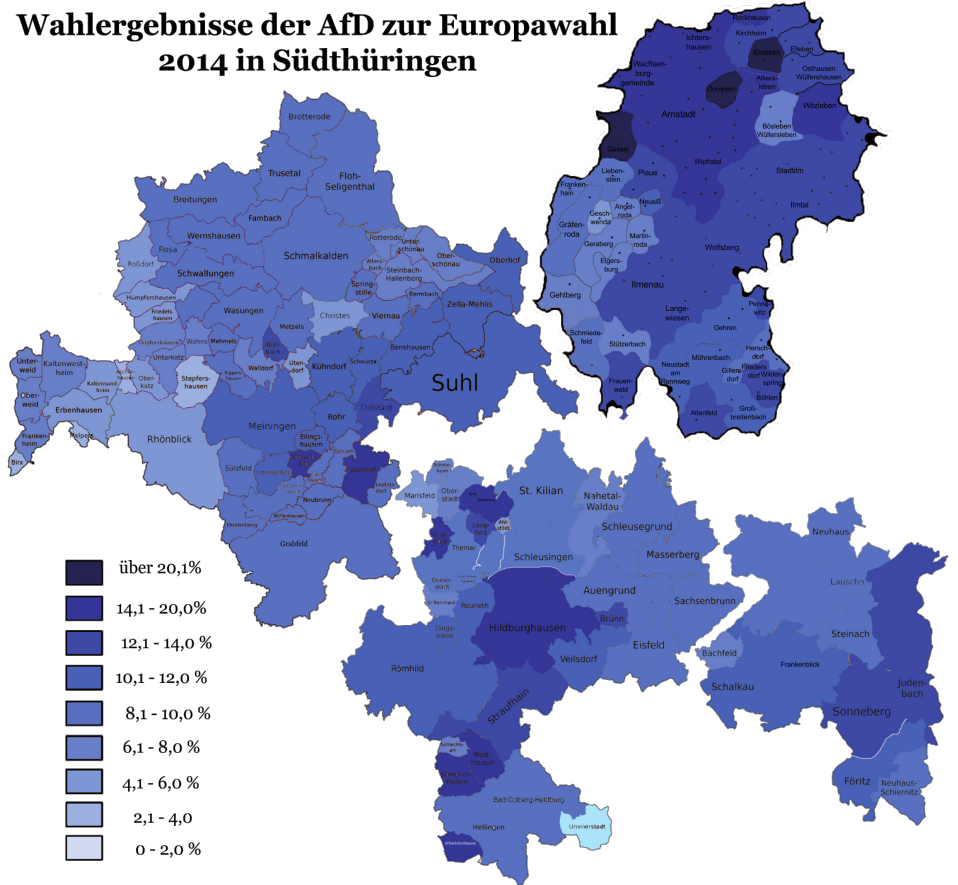
³Vgl. <http://die-linke-thueringen.de/nc/aktuell/aktuell/detail/zurueck/aktuell-24/artikel/verbrechen-des-ns-staates-stellen-ein-in-der-geschichte-einmaliges-menscheitsverbrechen-dar/>

Wenn die AfD sich über die Jahre auch nicht als Alternative zur herrschenden Elendsverwaltung erweisen wird, eben weil es zur herrschenden Form keine wirkliche Alternative gibt, als den nicht gewollten Sozialismus oder die Barbarei, die die AfD ohne massiven Zulauf und ohne Preisgabe bestimmter Positionen und Privilegien nicht einleiten wird, dann wird sie möglicherweise wieder zerfallen. Im Falle dieses Zerfalls muss damit gerechnet werden, dass große Teile ihres Wählerklientels sich das rassistische Original suchen wird und das ist hierzulande die NPD.

Selbstkritisch müssen wir festhalten, dass auch wir, trotz anderslautender Vorfeldanalyse, uns mit Störmanövern im Landtagswahl-

kampf weitgehend auf die NPD beschränkt haben und bei der Feindbestimmung hätten nachjustieren müssen. Wir hätten die Dynamik des AfD-Aufstieges zwar sicher nicht verhindern können, aber es wenigstens versuchen müssen. Und so gilt, was die Antifa Suhl/Zella-Mehlis an anderer Stelle schon Anfang 2014 konstatierte: »Nüchtern betrachtet [...] geht von letztgenannter [der AfD] derzeit die größere Gefahr aus, hinsichtlich der Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland und Europa zum Schlechteren hin. Die AfD hat das Potential das abstiegsgeängstigte deutsche Kleinbürgertum zu mobilisieren und gegen Ausländer und Linke auf Kurs zu bringen.«¹

Wahlergebnisse der AfD zur Europawahl 2014 in Südthüringen



¹Vgl. <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=630>

MEHR ALS EIN HAUCH VON »PRO ARNSTADT« IM THÜRINGER LANDTAG

MIT INSGESAMT ELF ABGEORDNETEN ist die Alternative für Deutschland (A F D) in den Thüringer Landtag eingezogen. Einer der neuen Abgeordneten ist der aus Frankenhain (westlicher Ilm-Kreis) stammende Olaf Kießling. Der studierte Betriebswirt ist vor seiner Kandidatur für die A F D politisch eher weniger in Erscheinung getreten, dafür haben es die von ihm vertretenen Positionen in sich. Ein kurzes Dossier über den einzigen Landtagsabgeordneten der A F D aus der Südthüringer Region.

Lebenslauf

Zur Vita von Kießling ist wenig bekannt. Kießling ist 1967 in Elgersburg geboren, 47 Jahre alt, machte nach seinem Schulabschluss eine Ausbildung zum Elektromonteur, wechselte 1991 in die Finanzbranche und verfolgte ab 2006 ein Studium zum Betriebswirt (F H) Controlling und Steuern. Er ist neben seinem Abgeordnetenmandat selbständiger Finanz- und Versicherungsmakler. Seit März 2013 ist Kießling Mitglied der Alternative für Deutschland und ist aktuell im Kreisverband Ilm-Kreis-Gotha zuständig für die Finanzen. Seit dem 14. September 2014 ist er für die A F D Abgeordneter des Thüringer Landtags. Er zog auf Listenplatz 8 über die Landesliste ins Parlament ein, eröffnete in Folge ein A F D-Büro in der Rosenstraße 22 in Arnstadt und schuf so einen neuen Anlauf- und Treffpunkt für das an solchen nicht arme protofaschistische Milieu in Arnstadt. Büroleiter wird der Stadtecho-Gründer und Presseverantwortliche der Ilm-Kreis-A F D Hans-Joachim König. Als Mitarbeiter wird das Ilmenauer A F D-Mitglied Enrico Bühl eingestellt.

Der auf der politischen Bühne des Ilm-Kreises weitgehend unbekannte Kießling wird seit seinem Wahantritt von den Protofaschisten des Arnstädter Stadtechos als neuer Stern am politischen Firmament in Stellung gebracht. In den vergangenen Ausgaben erschienen mehrere Artikel über und Interviews mit Kießling. Darin wird Kießling als heimattreuer Sohn des Arnstädter Protofaschismus vorgestellt. Über Euro, ESM-Vertrag und Vaterlandssorge verbreitet er die in diesem Milieu gehätschelten Plattitüden.

Positionen

DIE VON KIEßLING vertretenen und für die Landtagsarbeit sicher maßgebenden Positionen lassen sich dem Facebook-Profil des A F D-Politikers entnehmen und decken sich weitgehend mit denen des deutschnationalen, rechtskonservativen Flügels der A F D, dem es nicht bloß um die Absicherung der Privilegien von Besergestellten geht, sondern um überkommene Wertevorstellungen und die volksgemeinschaftliche Wärme des nationalen Zwangskollektivs; jenes Klientel, das im Dauerfeuer vor dem Untergang des Abendlandes warnt, wenn ihnen Fortschritte in der Frauenemanzipation oder der gesellschaftlichen Solidarität, die an den Landesgrenzen nicht aufhört, auf den Magen schlagen. Folgerichtig heißen die Medien, derer sich Kießling immer wieder bedient, Junge Freiheit, Deutsche Wirtschafts Nachrichten (ein Produkt des Kopp-Verlags), PI-News und andere lokale und überregionale Medien, in denen sich alte und neue Kreide fressende Faschisten zu Wort melden.

Zentraler Bestandteil von Kießlings Ideologie ist der rassistische Kampf gegen das Recht auf Asyl bzw. gegen Zuwanderung überhaupt. So finden sich bei den von Kießling geteilten Beiträgen dramatisierende Zuspitzungen der aktuellen Flüchtlingszahlen sowie über die vermeintliche Belastung der deutschen Sozialsysteme durch ausländische Hartz IV-Empfänger. Flüchtlinge heißen dort im Nazijargon oftmals »Asylanten« und mit ihnen sei die Zunahme von Kriminalität verbunden. Allgegenwärtig ist auch der Hass auf bzw. die bekannte »German Angst« vor dem Islam, die Kießling notdürftig in ein

Bedrohungsszenario durch den Islamismus oder durch »Multikulti-Politik« packt. Im Stadtecho redet er davon, man müsse weg von »Schuld- und Schuldenpolitik«. Wer so daherredet, hat auch keine Probleme antiisraelische Propagandavideos im Interesse der palästinensischen Terrororganisation Hamas zu verbreiten oder Bilder des Holocaust-leugnenden Ex-Präsidenten des Iran, Mahmud Ahmadinedschad, zu posten, der die Deutschen zu mehr nationalem Selbstbewusstsein ermutigen möchte. Im Jargon des Profaschismus nennt man solches Verhalten das Sich-frei-Machen von »Denkverboten«, wie es im Stadtecho heißt. Mit Denkverboten sind die Ungeheuerlichkeiten deutscher Ideologie gemeint, deren Verbot zwar nie jemand in den Sinn kamen, aber gegen deren offenes Ausposaunen außerhalb der Stammtische im Staat des Rechtsnachfolgers des Nationalsozialismus noch sittlich-moralische Vorbehalte bestehen. In diesem Sinne ist Kießling einer jener »Tabubrecher«, der das zum »gesunden Menschenverstand« geronnene Ressentiment gegen Ausländer, Juden und Kommunisten kultiviert und sich mit Rückendeckung der verblödeten Mehrheitsgesellschaft als Rebell missverstehen darf.



v.l.n.r.: Olaf Kießling, Hans-Joachim König, Marcus Bühl
(Bildquelle: AfD Ilm-Kreis)

Kießling ist sich darüber bewusst, dass über die neuen AfD-Abgeordneten ausgiebige Hintergrundrecherchen erfolgen. Aus diesem Grund

hat er sein Facebook-Profil von allerlei Nazidreck gesäubert. Inzwischen gelöscht ist beispielsweise ein am 12. September 2014 geteilter Link zu einem Artikel auf dem Nazi-Portal PI-News mit dem Titel »Wann fliegen die parasitären Gender-Weiber endlich alle aus den Unis?« Darin wird über den vermeintlich nicht erfolgreichen wissenschaftlichen Output von Lehrstühlen an deutschen Universitäten berichtet, die sich auf Gender Studies spezialisiert haben. Diese Lehrstühle seien bloß »Versorgungsposten für schräge Weiber«. Das Ressentiment gegen Geschlechterforschung, die man als Bedrohung der männlichen Privilegien wahrnimmt, steht in engem Zusammenhang zur Parteinahme für erzreaktionäre Familienpolitik und gegen Frauenemanzipation, wie sie in der Altherrenpartei AfD als sogenannte »Werte« gepflegt werden.

Außerhalb von Facebook und dem Stadtecho scheint sich Kießling nicht zu äußern. Im Internet findet sich kaum etwas über den neuen Landtagsabgeordneten. Kießlings politisches Leben fand in den vergangenen Jahren wohl eher am Stammtisch statt und dort wird bekanntlich kein Protokoll geführt.

Fazit

IN PERSON von Olaf Kießling, dessen engster Berater der Profaschist Hans-Joachim König vom Arnstädter Stadtecho ist, ist mehr als ein Hauch von »Pro Arnstadt« in den Thüringer Landtag eingezogen. Mit Kießling hat das Wahlbündnis von Arnstadts Ex-Bürgermeister Köllmer (möge ihn der Blitz beim Scheißen treffen) das, was man lange vergebens auf den Listen der Freien Wähler versucht hat, einen Außenposten im Thüringer Landtag. Die bisher von Kießling dort entfalteten Aktivitäten halten sich in Grenzen ebenso wie die seiner Fraktion. Sollte sich das nicht ändern, hat sich das mit der AfD in Thüringen in fünf Jahren vielleicht schon wieder erledigt.

WILD WILD EAST: DIE JAGD AUF DIE KONKURRENZ

ENDE OKTOBER 2014 machte im Landkreis Hildburghausen eine von Nazis ins Leben gerufene Bürgerwehr über zwei Wochen lang Jagd auf von ihnen als solche identifizierte »kriminelle Ausländer und Einbrecherbanden«. So fuhren jede Nacht mehrere Menschen mit Autos durch die Stadt, um auf ihrer Patrouille nach Autos oder Personen Ausschau zu halten, die sich in den Augen der Sheriffs von Hildburghausen irgendwie verdächtig benahmen oder aussahen. Fündig wurden sie in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober. In dieser Nacht traf eine der Streifen einen Transporter mit rumänischen Kennzeichen an, welcher vor einer Firma im Hildburghäuser Industriegebiet parkte. Die Insassen wollten eigentlich nur Waren an diese Firma liefern und bis zum nächsten Tag im Auto nächtigen, wurden aber von einer Horde Deutscher angegriffen und verfolgt. Die »Streifen«, welche das Auto entdeckte, alarmierte die Kamerad_innen, die nach kurzer Zeit mit ca. 15 Autos an den vermeintlichen Tatort kamen. Der rumänische Transporter, dessen Insassen sich wegen des Bedrohungsszenarios zur Flucht entschieden, wurde verfolgt, gerammt und es wurde versucht, ihn zum Stehen zu bringen. Die anrückende Polizei konnte nur mit Mühe verhindern, dass einer der Verfolger den Fahrer des Transporters, welcher sich in ein Polizeiauto flüchtete, nicht noch im Polizeiauto selbst angriff.

Schlachtfeld Sozialleistung

WENN NOCH VOR 20 Jahren von der Angst die Rede war, die Ausländer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, hat sich diese Angst im Laufe der Zeit gewandelt. Die große Angst in Ostdeutschland vor den »kriminellen Ausländern« oder auch vor einer vermeintlichen »Flüchtlingswelle« konkretisiert sich hier vor allem darin, dass jeder Nichtdeutsche als potenzieller Konkurrent im Ringen um die Sozialleistung und die Stellung im Sozialsystem angesehen wird bzw. dieses Sozialsystem ohne Geburtsrecht belastet. Zwar ist auch jeder Deutsche jedem Deutschen dabei ein Konkurrent, aber man fühlt sich dem Kollektiv der Deutschen zugehörig, wobei der Fremde, Nichtdeutsche als Bedrohung empfunden wird – eine Logik, die das Kernstück rassistischer Ideologie ausmacht und die der staatlichen Ausgrenzungspolitik nachempfunden ist. Im Vergleich zu westdeutschen Gebieten, in denen die Arbeitslosenquote sowie die Quote der Sozialhilfeempfänger_innen tendenziell kleiner ist als in ostdeutschen Gebieten, liegt der Hass auf den Flüchtling vor allem in der Befürchtung begründet, dass diese das Sozialsystem noch stärker belasten könn-

ten und somit die mittelständische Familie mehr Steuergeld entrichten müsse, welches noch nicht einmal für den Bau von Schulen und Kitas genutzt würde, sondern in vermeintlich luxuriöse Asylbewerber_innenheime investiert wird. Dem entsprechend zeichnet sich auch ein Unterschied beim Ausdruck der fremdenfeindlichen Stimmungsmache und den Protestformen in West- und Ostdeutschland ab. Während im Westen die Bürgerbewegungen vor allem konservativ-bürgerlich auftreten und sich von Nazis der NPD oder Kameradschaften versuchen öffentlich abzugrenzen, ist es im Osten anders. Hier, wo man den Konkurrenzkampf im Sozialsystem führt, äußern sich die Protestformen martialischer im Auftreten der Akteure. Hier wird offen mit NPD und Kameradschaften demonstriert, bürgerliche Abgrenzungsversuche sind außerhalb der AfD kaum zu finden.¹ Da steht dann auch mal Ronny mit dem Hitlergruß vor der Platte und versucht seinen Hass mit unverständlichem Gegröle zu artikulieren.

Die ostdeutsche Angst vor der »ausländischen Kriminalität«, wie sie in Hildburghausen einen Höhepunkt fand und als Resultat in die Organisation einer Bürgerwehr mündete, ist, von

¹ Damit ist nicht gemeint, dass sich die Alternative für Deutschland nicht an rassistischer Stimmungsmache beteiligen würde, jedoch versucht sich die Partei immer wieder von den Vergleichen mit der NPD oder von Protesten gegen Flüchtlingsheime zu distanzieren, die offensichtlich von Neonazis organisiert werden.

ihrer Form her, eine Verlustangst bzw. die Angst etwas entwendet zu bekommen – eben die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld usw., was nicht beim Ronny und der Cindy ankommt. Genau diese Angst vor einer vermeintlichen Zweckentfremdung dieser Gelder spiegelt sich in der Rede vom »kriminellen Ausländern« wider, die ja nun nicht nur in Hildburghausen die Sozialhilfe beanspruchen würden, sondern auch noch bei Ronny & Cindy einbrechen wollen, um ihnen die Glotze zu klauen.

Sozialer Abstiegskampf

WENN ALSO, sollte der Fernseher noch an Ort und Stelle sein, gehört wird, dass die Krise angekommen sei und deutlich wird, dass, wie in Griechenland, ganze Sozialsysteme zusammenbrechen können, werden die Ängste größer. Zwar ist das Sozialsystem Griechenlands nicht wirklich mit dem Deutschlands zu vergleichen und die Gefahr eines solchen Kollapses in den nächsten Jahren aufgrund einer durch Deutschland geführten autoritären Krisenpolitik eher unwahrscheinlich, doch für viele reicht es zu kapieren, dass das Sozialsystem an sich nicht unendlich belastbar ist. Die Befürchtung, sozial noch weiter abzusteuern, wird somit zum treibenden Motor des Konkurrenzkampfes. Sei es gegenüber Flüchtlingen, »Sozialschmarotzern« oder eben »kriminellen Ausländern«. Je mehr Kürzungen befürchtet werden oder je näher die Krise an den eigenen Gartenzaun heranrückt, um so größer wird das Bedürfnis, sich seinen Platz im Sozialsystem zu sichern. In Zeiten allgemeiner Überflüssigkeit liefert diese Garantie nicht der freie Markt, sondern der autoritäre Staat und seine sich als solche begreifende Volksgemeinschaft. Der Abstiegskampf beginnt.

Enttäuschter Mob

IM JAHR 2013 kam es, oftmals in Ostdeutschland, zu größeren Protesten von Nazis und Bürgern in Städten wie Greiz, Schneeberg oder Berlin-Hellersdorf. Für einige Wochen gingen z. B. in Schneeberg bis zu 1500 Leute gegen ein

geplantes Asylbewerberheim auf die Straße. Auf diese Protestform wird noch immer mancherorts zurückgegriffen, sie besitzt jedoch kaum eine größere Tragweite. Die Teilnehmerzahlen befinden sich meist nur noch im zweistelligen Bereich. Das ist wohl gemerkt immer noch zu viel und umfasst weitaus nicht all die Leute, die die Ansichten der NPD vertreten, aber es zeigt ganz gut, dass diese Form des Protestes an Anziehungskraft und Attraktivität verloren hat. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Medien, die oftmals nicht müde werden den geistigen Müll von Seehofer und anderen Politikern im rassistischen O-Ton abzudrucken, diese Proteste verurteilten und hauptsächlich negativ von den Demonstrationen in Greiz und Schneeberg berichteten. Rassistische Mobilmachung ist eben nur erwünscht, wenn sie nicht gleich das Bild eines Deutschlands abliefert, in dem Neonazis wieder durch die Straßen ziehen und sich vor Asylbewerberheime stellen.

Nach dem Scheitern der Proteste und der zumindest in der Öffentlichkeit vertretenen Ächtung dieser Protestformen sind die damaligen Beteiligten wieder von der Straße an den Stammtisch zurückgekehrt. War man vor einigen Monaten noch überzeugt, die Bürgerproteste würden den Durchbruch bringen und man für einige Wochen seine Wut auf die eigene Straße tragen konnte, ist nun klar, dass diese Protestform nicht die erwünschten Wirkungen erzielte. Aus Enttäuschung über diese Entwicklungen werden neue Formen gesucht. Diese können dann nach dem Scheitern des legalen Protestes durchaus weiter greifen. Die Hildburghäuser Bürgerwehr kann als Ausdruck einer neuen Form dessen betrachtet werden.

Angsteinflößend ist es allemal, wenn sich über zwanzig Rassisten zusammenfinden und Jagd auf Menschen machen. Die Enttäuschungen über die bisher gescheiterten Proteste gegen Asylbewerberheime und die Angst eines weiteren sozialen Abstiegs, in einer Region wo man sich denkt, dass es tiefer eigentlich nicht mehr gehen kann, sind einige der Gründe, weshalb in Hildburghausen zur Menschenjagd aufgerufen wird.

RASSISTISCHE HETZE GEGEN FLÜCHTLINGE IN SUHL

EBOLA, BLUTRÜNSTIGE PIRAT_INNEN UND BARBAREN in Suhl? Ein neues Flüchtlingsheim in der Stadt lässt die Gemüter bei Nazis und anderen Deutschen überkochen. Allerdings gibt es auch Unterstützung für die Geflüchteten.

Seit Juli 2014 gibt es eine Flüchtlingsunterkunft auf dem Suhler Friedberg, in der rund 600 Menschen, unter anderem aus Eritrea und Somalia, untergebracht sind. Anfangs war es als eine vorübergehende Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenberg gedacht bis das dafür vorgesehene Heim in Rudolstadt fertig ist. Mittlerweile soll die Unterkunft wohl bis mindestens 2016 in Suhl bleiben und vergrößert werden.

Von Anfang an liefen die Nazis gegen die Unterkunft Sturm. Tommy Frenck aus Schleusingen mit seiner Partei »Bündnis Zukunft Hildburghausen« (BZH) meinte in volksverhetzender Manier, ehemalige Pirat_innen und »Moslem-Terroristen« würden die Region »überschwemmen«. Der erste Höhepunkt der rassistischen Mobilmachung war eine vom BZH am 16. Juli angemeldete Mahnwache gegen das Heim. Hier kamen glücklicherweise nur 20 Nazis, die auf einem Parkplatz hinter einem Gebäude rumstanden und für Facebookfotos posierten. Hierbei regte sich auch erster Widerstand gegen die Hetze. Vertreter_innen des Bürgerbündnis gegen Rechts und der Kirche luden zu Kaffee und Kuchen vor dem Flüchtlingsheim ein. Es kamen mehr als 100 Menschen zusammen, um gegen die Nazis zu protestieren, aber auch um mit den Flüchtlingen ins Gespräch zu kommen, erste Kontakte zu knüpfen oder einfach zu zeigen, dass sie nicht alleine sind.¹

Refugees welcome – »Solidarität mit den Flüchtlingen in Suhl«

ETWA ZUR gleichen Zeit wurde auch eine Facebookgruppe mit dem Namen »Solidarität mit den Flüchtlingen in Suhl«² gegründet. Die

se Seite findet lokal viel Resonanz. Die Betreiber_innen organisieren viele Kleider-, Spielzeug- oder andere Spenden für die Menschen im Heim oder schaffen Möglichkeiten, um mit den Flüchtlingen in Kontakt zu treten. Für die Menschen ohne Arbeitsmöglichkeit und in Isolation lebend sind diese Aktionen von großer Bedeutung. Auf dem Friedberg gibt es nicht viel, womit man sich die Zeit vertreiben kann. Nicht einmal eine Einkaufsmöglichkeit steht in näherer Umgebung zur Verfügung. Auch sind wahrscheinlich die Nachbar_innen den Menschen im Heim gegenüber nicht wirklich aufgeschlossen. Das zeigt beispielgebend ein Ereignis: Als einige der Geflüchteten vor einem der umstehenden Plattenbauten ein ungesichertes WLAN vorfanden und sich dann mehrere Menschen aus dem Heim vor dem Haus versammelten, um das kostenlose Internet zu nutzen, beauftragte man gleich den Hausmeister damit, im ganzen Block darauf hinzuweisen, das WLAN zu verschlüsseln. Am Ende klagten die Deutschen, »die Ausländer stehlen unser Internet.«

Am 5. August 2014 bedrohte das Ansgar Aryan Model Marcus Russwurm, welcher als Facebook-Profilbild derzeit das BKA-Fahndungsfoto vom NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt nutzt, einen antirassistischen Unterstützer mit dem Tod.³

Krankheitshysterie und Anschlag

KURZ NACHDEM das Flüchtlingsheim eröffnete, haben auch schon Nazis versucht Ängste zu schüren. Sie verbreiteten das Gerücht, dass Flüchtlinge, welche im Krankenhaus in Suhl aufgenommen und behandelt wurden, hochansteckende, lebensbedrohliche Krankheiten hätten.

¹<http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=649>

²<https://fb.com/refugeewelcomeinsuhl>

³<http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=652>

Die Krankenhausleitung dementierte dies in einer Stellungnahme, aber wies auch gleichzeitig darauf hin, dass solch eine verbreitete Hysterie dem Image der Stadt schade und dadurch auch Arbeitsplätze bedroht wären. Derartige Imageschäden sind scheinbar schmerzlicher zu verkraften, als die rassistische Hetze, die die vermeintliche Angst und den Zorn der Deutschen befeuern, bis er sich entlädt. So geschehen am ersten Augustwochenende 2014. Hier haben bisher unbekannte Täter eine Scheibe des Heimes eingeworfen und versucht einen Laternenmast vor dem Heim anzuzünden.¹

Allerdings zeigt sich an dieser Stelle ein Zusammenhang auf, der dem Pressesprecher des Krankenhauses anscheinend nicht bewusst war. Die Angst, die hier einem rassistischen Ressentiment entspringt, ist eigentlich eine andere und zwar die vor dem Überflüssigsein des Individuums in der kapitalistischen Gesellschaft. Jede_r hat Angst seinen_ihren Job zu verlieren, oder erst gar keinen zu bekommen und dann kommen noch sogenannte Ausländer nach Deutschland, nach Suhl, als weitere Konkurrent_innen auf dem Arbeitsmarkt. Dann muss die vermeintliche Niederwertigkeit dieser Menschen ins Spiel gebracht werden, damit der_die Deutsche sich besser fühlen kann, aber insgeheim weiß er_sie, dass die künstlich verknappten Ressourcen nicht für alle reichen und dann bricht sich der »Futurterneid« (Wolfgang Pohrt) Bahn, indem die Hetze gegen die gestartet wird, die nicht ins deutsche Kollektiv zu passen scheinen. Das zeigt sich auch bei den Begriffen der »Scheinasylanten« oder »Asylbetrüger«, die immer wieder gebraucht werden, nicht nur von den Nazis. Hiermit wirft man den Flüchtlingen vor, dass sie nur nach Deutschland kommen würden, um sich auf Staatskosten ein fettes Leben zu machen, nicht zu arbeiten und trotzdem Geld zu bekommen (dass sie nicht arbeiten dürfen und das Geld, wenn es nicht sogar Essensgutscheine sind, sehr gering ist, ist den Rassisten dabei egal). Insgeheim will das rassistische Subjekt das eigentlich auch, ohne Arbeit Geld haben, allerdings erlaubt

das das kapitalistische System nicht. Deswegen wird unbewusst sowohl dieser Wunsch, als auch die Angst vor dem Überflüssigwerden auf den Flüchtling projiziert, um den Wunsch und die Angst von sich selber fernzuhalten und deswegen muss der Flüchtling verschwinden, weil er dem rassistischen Individuum immer wieder sowohl seine Angst vor Augen führt, als auch das, was es nicht haben kann.

»Wird Zeit für die weißen Kapuzen«

DIE RASSISTISCHE HETZE erreichte einen neuen Höhepunkt, nachdem am 16. November eine Frau auf dem Friedberg überfallen wurde. Laut ihren Angaben waren es zwei »dunkelhäutige« Täter, die sie sofort dem Flüchtlingsheim zuordnete. Kurz darauf veröffentlichte das BZH auf seiner Facebookseite ein Foto, auf dem Menschen mit nichtweißer Hautfarbe zu sehen waren. Dem ganzen Bild wurde dann noch rote Farbe hinzugefügt, welche Blut symbolisieren sollte. In der Bildunterschrift sprach man von »Negern« und »Barbaren«, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse. Das ließ sich der rassistische Mob nicht zweimal sagen und tobte sich, vorerst in den Kommentaren dazu, aus. Hier konnte man eine Mischung aus üblem Rassismus und Aufruf zu Selbstjustiz und Mord lesen (»Ich könnte euch ja sagen, was in Texas mit den Bimbos passiert wäre. Die hätten einen Ehrenplatz am nächsten Baum bekommen«, »Wird Zeit für die weißen Kapuzen« usw. – den Rest ersparen wir euch lieber). Seitdem ist auch eine verstärkte Polizeipräsenz vor dem Heim zu beobachten, wobei man nicht weiß, ob zum Schutz der Flüchtlinge oder zur Beruhigung der sich ängstigenden Deutschen. Allerdings lässt sich festhalten, dass es seit der Eröffnung des Heimes zu keinem Anstieg der Kriminalitätsrate gekommen ist. Auch ein einzelner Übergriff, wer auch immer ihn beging, ist keine Kriminalitätswelle, von der die Nazis gerne sprechen, um Stimmung gegen das Heim zu machen.

¹<http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=653>

KEIN ENDE IN SICHT – NEUE UND ALTE SKANDALE AUS DEM ARNSTÄDTER STADTECHO¹

DAS JAHR 2014 als 100ster Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges, 75ster Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges und 25ster Jahrestag des Mauerfalls war in vielen Publikationen Anlass sich schwerpunktmäßig mit diesen Themen auseinanderzusetzen. So auch beim Arnstädter Stadtecho. Zweiteres spielte eher weniger eine Rolle, der Jahrestag des Mauerfalls aber war Grund zum Schwelgen in Erinnerungen und Resümee ziehen, die thematische Ausrichtung am Ersten Weltkrieg zum im Stadtecho beliebten Geschichtsrevisionismus. Dieser wird aber nicht nur anlässlich der Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg betrieben, sondern kennzeichnet die inhaltliche Ausrichtung des Stadtecho ganz allgemein.

Schuldabwehr und Inszenierung als Opfer

EINE VERDREHUNG der Geschichte erfolgt dabei mal eher subtil, durch einen Bericht von Opas Heldengeschichten aus dem Ersten Weltkrieg, aber auch ganz offen, wie zum Beispiel in Form einer Buchvorstellung aus der Ausgabe von August/September 2014. Hier wird das Buch »Die Schlafwandler« (2013) des in Großbritannien lebenden australischen Historikers Christopher Munro Clark vorgestellt. In dem Buch bestreitet er die besondere Schuld Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dieser sei von keiner der beteiligten Nationen gewollt worden, sondern sei eine Folge von diplomatischen Fehlleistungen gewesen. Außerdem stelle der Erste Weltkrieg das Worst-Case-Szenario des zwanzigsten Jahrhunderts dar. »Der Stalinismus mit all seinen Opfern, Hitler, der Holocaust, die Zerstörung der deutschen Städte im Luftkrieg: Das meiste davon kann auf die Giftdosis zurückgeführt werden, die dieser Krieg Europa injiziert hat.«², schreibt Clark in seinem Buch. Unter völliger Missachtung der politischen Vorzeichen dieser Zeit vollzieht er damit eine Umdeutung der Geschichte zum Zwecke der Entlastung Deutschlands von der Kriegsschuld. Den Ersten Weltkrieg außerdem als Worst-Case-Szenario

des 20. Jahrhunderts zu bezeichnen, zeugt entweder von unfassbarer Geschichtsvergessenheit, oder wahrscheinlicher: erfüllt auch hier eine Entlastungsfunktion. Schließlich müsste Clark bestens vertraut sein mit dem Verlauf des Zweiten Weltkrieges, nicht nur weil er als Historiker an der Universität von Cambridge lehrt, sondern auch wegen der Wahl seines Arbeitsschwerpunktes, der schließlich in der Auseinandersetzung mit der Geschichte Preußens und Deutschlands liegt.

Wenn nun der Holocaust auf die Giftdosis zurückzuführen ist, die Europa im Ersten Weltkrieg injiziert wurde, ist auch hier die Schuldfrage geklärt. Wenn es auch komisch anmutet, dass Clark, verallgemeinernd von einem Europa sprechend, dieses nicht als Akteur des Ersten Weltkrieges begreift, sondern als dessen Opfer, gibt er doch keinen eindeutig identifizierbaren Schuldigen an. Hans-Joachim König, Gründer des Stadtechos, wird da schon etwas deutlicher, wenn er in einem Artikel aus der Ausgabe von November/Dezember 2014 unter der Überschrift »Unterlegene Mittelmächte« auf die vermeintlich schlechte Ausgangssituation der Mittelmächte für den Krieg hinweist und unter Verweis auf das größere und gestiegene BIP der USA vor und nach dem Krieg zumindest eine Be-

¹Für alle, die das Glück hatten, bisher nicht erfahren zu müssen, was das Stadtecho ist: Das Stadtecho ist eine in 20.000-facher Auflage erscheinende Zeitung, die monatlich kostenlos im Raum Arnstadt verteilt wird. Die (in Selbstbezeichnung) »freie Stadt- und Heimatzeitung für Arnstadt« wurde im Jahr 2000 von Hans-Joachim König gegründet, feierte im November 2014 ihr 175. Erscheinen und dient seit ihrem Bestehen als Plattform zum Verbreiten völkischen Denkens und antisemitischer, rassistischer und nationalistischer Ideologie. Im Jahr 2010 wechselte die Herausbergerschaft des Stadtechos zu Stefan Buchtzik, die politische Ausrichtung blieb die selbe. Auch König ist nach wie vor Teil der Redaktion, ihm ist (mindestens) die letzte Seite für Kommentare vorbehalten.

²Zitiert nach dem Stadtecho Ausgabe August/September 2014.

antwortung der Schuldfrage suggeriert. Stefan Buchtzik findet noch deutlichere Worte, wenn er in der Ausgabe von September/Oktober in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine schreibt: »Die USA sind wie 1914 und 1939 wirtschaftlich am Ende. Ein Krieg kam ihnen da immer gelegen.« So ist Deutschland nicht nur von der Verantwortung am Ersten Weltkrieg befreit, sondern kann überdies als ein Opfer des von außen herbeigeführten Krieges über Europa begriffen werden. Es erfolgt eine Umkehr der Rolle der Verantwortlichen in Opfer, die einen restlos positiven Bezug auf die deutsche Nation wieder möglich machen soll.

Über die Sympathien für AFD, zur NPD und anderen Wahnsinnigen

IN DER OPFERROLLE gefallen sich nicht nur die Deutschen im Allgemeinen, sondern auch die Ostdeutschen im Besonderen gut. So wird in unzähligen Geschichten über die Erinnerung der Proteste 1989 in Arnstadt und deren Folgen berichtet und in Zusammenhang damit die Diskriminierung von Ostdeutschen beklagt¹. Hermann Koebe beklagt des Weiteren in der Ausgabe Oktober/November 2014, dass die DDR-Bürger ihr konfisziertes Eigentum nach der Wiedervereinigung nicht zurückerhalten hätten, was er als eine wesentliche Ursache dafür sieht, dass viele dieser die AFD gewählt hätten. Das bestätigte ihm eine Umfrage bei seinen betroffenen Verwandten und Bekannten: »In einer telefonischen Biltzumfrage bei meinen betroffenen Verwandten und Bekannten, stellte ich fest, daß fast ausnahmslos alle die Alternative für Deutschland (AFD) gewählt haben als Quittung für diesen ungeheuren Rechtsbruch eines demokratischen Staates.« So schließt sich also der Kreis zwischen AFD-Wählern, Stadtecho-Lesern und -Schreibern und Geschichtsverdrehern im Sinne einer Opferinszenierung.

Dass Buchtzik und Co. selber große Sympathien für die AFD hegen, ist nicht zu übersehen.

Das wird deutlich durch eine in mittlerweile jeder Ausgabe präsente Werbung für die AFD und einen Abdruck der vom Kreisverband Ilmkreis-Gotha veröffentlichten Artikel in der Zeitung. Zu diesem Zwecke des Seiten-Füllens greift man auch gerne auf die ideologisch nahestehende Junge Freiheit zurück. Es erscheint nunmehr fast keine Ausgabe, in der sich nicht ein Abdruck eines in der Jungen Freiheit erschienen Artikels findet. Das Neuabdrucken von Artikeln von einschlägig bekannten Nazimedien scheint allgemein eine beliebte Methode, um Ressourcen zu sparen; bereits im Jahr 2009 wurde ein Leserbrief von einem überregional bekannten Neonazikader, in dem dieser seine völkische Kapitalismuskritik verbreitete, abgedruckt, der in fast identischer Form auch auf dem Internet-Portal des Aktionsbüro Thüringen, einer Website »freier« Kameradschaften, erschienen ist.



Faksimile aus der Ausgabe des Stadtechos vom September/Oktober 2014

Die Sympathien der Stadtecho-Redaktion zu Neonazis erkennt man auch an deren Verhält-

¹So geschehen von Monika und Klaus Dani, die in der Ausgabe von September/Oktober 2014, in der sie schreiben: »Das System [der BRD, d. Verf.] ist auf keinen Fall zeitgemäß und für viele DDR-Bürger geradezu diskriminierend.« Wie genau diese Diskriminierung ausfällt wird allerdings nicht ausgeführt.

nis zur NPD. Als am 22. August 2014 die NPD im Rahmen ihrer Wahlkampftour im Arnstädter Westviertel eine Kundgebung veranstaltete¹, war auch Stefan Buchtzik zugegen und fand sich nach Beendigung der Rede von NPD-Chef Wieschke an dessen Stand ein, um einen netten Plausch zu halten und sich respektvoll, händeschüttelnd danach zu verabschieden. Entsprechend findet sich auch in dem Artikel, den Buchtzik dazu im Stadtecho veröffentlichte, kein kritisches Wort über die NPD. Vielmehr referierte Buchtzik die Inhalte und betonte indirekt die Gemeinsamkeiten von NPD und AfD, etwa wenn er die Ablehnung der NPD »gegen die zentralistische EU-Bürokratie« hervorhob. Auch der Verweis auf die zweite, zu der Zeit noch bevorstehende Kundgebung der NPD in Arnstadt, wirkte wie ein Veranstaltungshinweis. Wenn der Bürgermeister Arnstadts Alexander Dill (parteilos) sich gegen die NPD positioniert, weiß Buchtzik diese auch zu verteidigen. Er wirft dem Bürgermeister undemokratisches Verhalten vor, weil er die Plakate der NPD entfernen ließ. Die Bezeichnung von Menschen, die für die NPD warben, als »rechten Dreck« stellt für ihn »einen Tiefpunkt der besonderen Art« dar. Schließlich, so weiß man beim Stadtecho, ist die NPD »eine nicht verbotene, wenn gleich polarisierende Partei«. In der Positionierung des Bürgermeisters gegen die NPD sieht Buchtzik in seinem verschwörungsaffinen Denken sogleich ein gesellschaftliches Tabu am Werk, die eigene Meinung sagen zu dürfen. Nur das kann in seinen Augen wohl der Grund dafür sein, dass die Massen nicht offen mit der NPD sympathisieren.

Dieser, im Verschwörungsdenken und der Personifizierung komplexer gesellschaftlicher Prozesse angelegte, strukturelle Antisemitismus weist dabei auch Schnittmengen zu den vielerorts stattfindenden neuen Montagsdemonstrationen auf², welche für die Stadtechoredaktion konsequenterweise ebenfalls einen positiven Bezugspunkt darstellen. So reiste Stefan Buchtzik

persönlich im Mai 2014 nach Erfurt, um der dort stattfindenden Montagsdemonstration beizuwohnen und dem Hauptredner des Tages, dem Antisemiten Jürgen Elsässer, zuzuhören.³



Stefan Buchtzik vom Arnstädter Stadtecho am Infostand der Thüringer NPD während der Wahlkampfkundgebung am 22. August 2014 in Arnstadt

Die Tendenz zur Überinterpretation von Studien

DER STRUKTURELLE ANTISEMITISMUS ging auch schon über in offenen, rassistischen Antisemitismus, als in der Oktoberausgabe aus dem Jahr 2010 über die Entdeckung eines jüdischen Genes berichtet wurde. Laut Stadtecho will nämlich eine Studie aus den USA herausgefunden haben, dass »alle Juden gemeinsame genetische Merkmale besitzen«. Das stützt, folgt man dem Stadtecho, die »These, daß alle Menschen jüdischer Herkunft durch einen gemeinsamen genetischen Code miteinander verbunden sind.« Woher diese glorreiche These stammt, wird verschwiegen. Dass sie letztlich nach Auschwitz führte, ist dem Stadtecho nicht mal eine Randnotiz wert. Die Quelle für diese »Studie« wurde nicht genannt und später ergaben Recherchen des Arnstädter Bündnis gegen Rechtsextremismus, dass diese »Studie« von den Rassenforschern aus dem Stadtecho, gelinde gesagt, etwas überinterpretiert wurde.⁴

¹Vgl. <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=656>

²Wir haben darüber berichtet. Vgl. Alerta Südthüringen #2, S. 15ff.

³Vgl. <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=644>

⁴Vgl. <http://bgre.de/2010/11/03/arnstaedter-stadtecho-und-die-juedischen-gene/>

Nicht trotz, sondern eher wegen des laxen Umgangs mit Studien und deren Ergebnissen, sind diese für die Stadtecho-Redaktion eine beliebte Referenz für die Bestätigung der eigenen Ressentiments. So beklagt Hans-Joachim König mit Verweis auf »Zahlen aus den Statistiken von 2013« in der Ausgabe von November/Dezember 2014 einen eklatanten Anstieg der Kriminalitätsrate. Natürlich nicht ohne festzustellen, welche Gefahr dabei vor allem von Ausländern ausgehe. An einer Stelle ist da zum Beispiel von einem hohen Prozentsatz der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Rede. Wie hoch der Anteil der tatsächlich Verurteilten ist bzw. die Diskrepanz zum Verhältnis zwischen Angeklagten und verurteilten Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, ließe vielleicht Rückschlüsse auf institutionellen Rassismus, also zum Beispiel eine rassistisch motivierte Ermittlungsarbeit, zu. Das wird aber nicht erwähnt. Wie er zu seinen Schlussfolgerungen gelangt, ist nicht nachvollziehbar, weil sich kein Verweis darauf findet, welche Zahlen hier zugrunde gelegt sind und woher die Zahlen stammen. Und sowieso steht in Zweifel, dass es sich hier um eine Schlussfolgerung handelt, und nicht um die Bestätigung des vorher Gewussten, des eigenen ausländerfeindlichen Weltbildes. Unter Verweis der Nähe zu Erfurt als vermeintliches Zentrum für Drogenhandel und Beschaffungskriminalität, begründet er auch die Überlegung zur Gründung einer Bürgerwehr, zu der bereits ein entsprechender Antrag für den Stadtrat in Arbeit sein soll.

Wer nun überrascht ist, zu erfahren, dass es sich beim naheliegenden Erfurt um ein Zentrum des Drogenhandels handelt, bei dem Wohnungseinbrüche und Beschaffungskriminalität auf der Tagesordnung stehen, den können wir an dieser Stelle beruhigen. Die Alerta-Redaktion konnte in einer telefonischen Biltzumfrage bei den in Erfurt wohnhaften Verwandten und Bekannten feststellen, dass sich darunter fast ausnahmslos niemand fand, der Opfer eines Wohnungseinbruchs geworden ist oder sich in einem bedrohlichen Maße mit Beschaffungskriminalität kon-

frontiert sieht. Besorgniserregender finden die Befragten und wir rassistische Stimmungsmache gegen Migranten und eine Befürwortung von Selbstjustiz zum Zwecke des Auslebens des eigenen Menschenhasses, was, wie es das Beispiel Hildburghausen zeigt, im Falle der Gründung einer Bürgerwehr zu erwarten ist.¹

Anzeige

Rote Hilfe Südthüringen



Werde Mitglied!
Solidarität ist eine Waffe!

www.suedthueringen.rote-hilfe.de

Kein Ende in Sicht

DAS JAHR 2014 als Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges und des Falls der Mauer ist (fast) zu Ende, somit vielleicht auch die Fixierung des Stadtechos auf diese Themen. Ein Ende der Geschichtsverdrehung und Schuldleugnung ist indes nicht zu erwarten. Dazu braucht es beim Stadtecho keinen Anlass, und selbst wenn, fänden diese sich zu genüge. Anlass dazu bieten nämlich zum Beispiel die steten Berichte über die Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen (BdV), wie der, in dem über die Festivitäten anlässlich des »Tag der Heimat« in

¹Vgl. dazu den Text »Wild wild East: Die Jagd auf die Konkurrenz« in dieser Ausgabe, S. 14.

Arnstadt berichtete wurde. Dort nannte der Vorsitzende des B D V-Kreisverbandes Arnstadt, Jürgen von Blaustark, »die Charta der Vertriebenen von 1950 ein Willensbekenntnis der Vertriebenen für den Weg des Friedens in Europa«¹. Die Charta der Vertriebenen, in der unter anderem davon die Rede ist, dass die Vertriebenen sich als die vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen sehen, ist dabei alles andere als ein Willensbekenntnis zum Frieden, sondern vielmehr ein Exempel für den Revanchismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg Umgesiedelten und sich als Vertriebene sehenden. Die Leugnung der eigenen Täterrolle und die geschichtsverfälschende (Selbst-)Darstellung als Opfer dienen dabei als moralische Grundlage für die bis heute aufrecht erhaltenen Gebietsansprüche.

Ein Bericht aus der Ausgabe von August/September 2014 zur Einweihung einer Gedenkstätte zur Ehrung für die deutschen Opfer von Krieg und Terror in Gutmannshausen (Kreis Sömmerda) stellt einen besonderen Höhepunkt geschichtsrevisionistischer Auslassungen im Stadtecho dar. Anlässlich des 22-jährigen Bestehens hatte der Verein »Gedächtnisstätte e. V.« am ersten Augustwochenende zu einem Treffen eingeladen, welches auf einem ehemaligen Rittergut stattfand. Dieses wurde, nachdem dem Verein bereits zwei Kaufangebote auf Grund seines politischen Hintergrundes ausgeschlagen wurden, im Jahr 2011 durch ein Mitglied des Vereins käuflich erworben und dient seitdem als »Kultur- und Tagungsstätte«, welche vom Verein unterhalten wird.

Der Verein verkündet auf seiner Homepage das Ziel, den »zivilen deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenennagern eine würdige Gedächtnisstätte zu errichten.« Die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus werden aus dem Gedenken also völlig ausgeschlossen und dass hier von zivilen Opfern gesprochen wird, die auf ganze 12 Millionen beziffert wer-

den, erkennt die Tatsache, dass es innerhalb der Volksgemeinschaft des Nationalsozialismus keine Zivilisten mehr gab, als solche, die nicht ihren Anteil an der Vernichtung und Ermordung von Millionen von Menschen und der Verwüstung Europas geleistet haben. Insofern kann auch nicht von Opfern des Krieges gesprochen werden, war doch das Brechen des Vernichtungswillens der Deutschen nur mit Bomben der Alliierten zu leisten. Auch die Umsiedlung der Deutschen aus von ihnen annektierten und kriegsgerisch eroberten und danach besiedelten Gebieten diente letztlich der Entnazifizierung dieser Gebiete. Dem Verein geht es offenkundig also nicht um ein Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, sondern um die Rehabilitierung von NS-Verbrechern.

In Gutmannshausen wurde nun zu diesem Zwecke eine Gedenkstätte mit Hilfe von Spenden errichtet. Bei dem Treffen, an dem laut Stadtecho bis zu 200 Menschen teilnahmen – Holocaustleugner aus ganz Europa, wie später Beobachter vom MDR berichteten – waren Journalisten nicht erwünscht und wurden von einer eigens dazu angeheuerten Security-Firma aus Hamburg, unter denen sich augenscheinliche und polizeibekannte Neonazis befanden, am Zutritt gehindert. Dass die Vertreter des Stadtecho – ohnehin vielmehr protofaschistische Propagandisten als Journalisten – Zutritt bekamen, wundert nicht, schließlich darf bei einem europaweiten Treffen von geschichtsrevisionistischen Hardlinern die Stadtechoedaktion nicht fehlen.

Es bleibt also auch im Jahr 2015 im Stadtecho wohl alles wie gehabt: es finden sich protofaschistisches Gedankengut neben zahlreicher Werbung städtischer Unternehmen, über die sich das Stadtecho finanziert und das Drecksblatt findet weiterhin monatlich seinen Weg in die Arnstädter Briefkästen. Es ist nur zu hoffen, dass es dabei auf kritische Leser_innen trifft, sofern es nicht direkt wieder da landet, wo es eben hingehört, im Papiermüll.

¹ Zitiert nach dem Stadtecho Ausgabe September/Oktober 2014.

FRIEDRICHRODA UND DER EXTREMISMUS¹

IM JAHR 2014 begingen Thüringer Neonazis zum zwölften Mal in Friedrichroda ihr zentrales »Heldengedenken« und nicht zum ersten Mal gab es eine Veranstaltung vor Ort, um gegen das Gedenken der Nazis an die NS-Verbrecher zu protestieren und um gegen ein Gedenken zu protestieren, wie es von bürgerlicher Seite begangen wird, wenn in einem allgemeinen Gedenken an die Toten der Weltkriege der Unterschied zwischen Opfern und Tätern des Nationalsozialismus nivelliert wird. Bereits 2009 formierte sich erstmalig ein Antifa-Bündnis, bestehend aus Antifa-Gruppen aus Gotha und Südthüringen, welches am Volkstrauertag eine Gegendemonstration gegen das »Heldengedenken« der Nazis organisierte. Stand damals noch der Protest gegen den Naziaufmarsch im Vordergrund, verlagerte sich die inhaltliche Ausrichtung der Proteste in den Jahren 2012 und 2013 mehr hin zu einer Kritik der deutschen Gedenkpolitik.

Die unrühmliche Rolle der Stadt Friedrichroda

DER PROTEST und die Kritik des Antifa-Bündnisses stieß dabei auf Ignoranz der Öffentlichkeit und der Einwohner von Friedrichroda, die schon dem Naziaufmarsch mit Schweigen begegneten. Dafür wurde der Stadt Friedrichroda im Jahr 2013 öffentlichkeitswirksam, begleitet vom Verlesen einer Laudatio in der Innenstadt, der Preis »Goldener Scheißhaufen – Preis für 10 Jahre Ignoranz und Akzeptanz von Naziaufmärschen, NS-Verharmlosung und Menschenhass« verliehen.

Das provozierte erstmalig öffentlich wahrnehmbare Reaktionen, sodass sich auch der Bürgermeister Friedrichrodas, Thomas Klöppel (parteilos), gezwungen sah, sich irgendwie zum Naziaufmarsch und den dagegen stattgefundenen und stattfindenden Protesten zu verhalten. Dieses Verhalten fiel dergestalt aus, dass der Bürgermeister sich öffentlich von allen den Stadtfrieden störenden »Extremisten« distanzierte. Gestört fühlte er sich dabei wohl weniger von den Nazis, die schließlich jahrelang unter Ignoranz und heimlicher Akzeptanz der Einwohner Friedrichrodas marschierten, sondern vom antifaschistischen Protest, der, so der Bürgermeister gegenüber der Super-Illu, seine Stadt beschmutzen würde.

So geht es auch aus einem Stadtratsbeschluss vom Oktober 2013 hervor, in dem es heißt: »Sie sind in Friedrichroda nicht erwünscht! Wir brauchen keinen Aufmarschtourismus, weder von

rechten noch von linken Gruppen in Friedrichroda. Sie schaden dem Image unseres Urlaubsortes erheblich. Darauf können wir gerne verzichten!« Dass das einhellige Schweigen über den Naziaufmarsch gebrochen wurde, stört den Stadtrat also ebenso, wie es ihn zur Rechtfertigung seines Schweigens zwingt. Zum Zwecke dieser Rechtfertigung lud man sich im Februar 2014 den Verfassungsschutz nach Friedrichroda ein. Im Rahmen einer Stadtratssitzung referierte ein »Sachverständiger für Extremismus« vom Verfassungsschutz über die Bedrohung der Demokratie von Links- und Rechtsextremismus. So konnte man die eigene Ignoranz retrospektiv zu einer Strategie des Schweigens und der Nicht-Auseinandersetzung mit Extremisten stilisieren.



Bürgermeister Klöppel ruft zur Gegenkundgebung auf

IM JAHR 2014 veranstaltete das Antifa-Bündnis Gotha unter dem Motto »Volkstrauertag ab-

¹Der Text ist angelehnt an einen auf der Gegenkundgebung zum »Heldengedenken« in Friedrichroda am 16. November 2014 gehaltenen Redebeitrag der Antifa Arnstadt/Ilmenau zur Auseinandersetzung mit der Extremismuskritik und soll in seiner überarbeiteten Form einen Überblick über den Umgang der Stadt Friedrichroda mit den Protesten anlässlich des Volkstrauertages darstellen.

schaffen – Gegen NS-Verharmlosung, deutsche Opfermythen und den Naziaufmarsch in Friedrichroda« eine Demonstration am Vorabend des Volkstrauertages in Gotha und am Volkstrauertag selber eine Kundgebung in Friedrichroda. Näheres darüber sowie eine ausführliche Auswertung dazu findet ihr auf volkstrauertag-abschaffen.tk. Erstmals berichtete im Vorfeld auch die Lokalpresse darüber und, ebenfalls eine Premiere, es formierte sich ein Bürgerbündnis, welches dazu aufrief, an der Kundgebung des Antifa-Bündnisses am Sonntag teilzunehmen. Außerdem veranstaltete das Bürgerbündnis wenige Tage vor dem Volkstrauertag eine Pressekonferenz, bei der auch Bürgermeister Klöppel anwesend war. Er berichtete dort gegenüber der Presse, dass er von der bisherigen »Strategie des Schweigens« Abstand nehmen möchte um den Nazis stattdessen die Rote Karte zu zeigen. Das Schweigen rund um das »Heldengedenken« in Friedrichroda schien also auch von Seiten der Stadt gebrochen. Setzte Bürgermeister Klöppel 2013 noch auf die vom Verfassungsschutz empfohlene Strategie des offensiven Ignorierens, bahnte sich 2014 ein Strategiewechsel an. Die Bewohner_innen Friedrichrodas wurden vom Bürgermeister aufgefordert »Rote Karten gegen Extremisten« in ihre Fenster zu stellen. Über den Aufruf zum »Zeigen der roten Karte« und der Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Volkstrauertages hinaus, wurden die Friedrichrodaer von ihrem Bürgermeister auch aufgefordert, Schilder mit einer Aufschrift gegen Extremisten zu basteln, um mit diesen an der Antifa-Kundgebung am Sonntag teilzunehmen.

So unterstützte Klöppel also einen Aufruf, der dazu aufforderte, an einer Kundgebung teilzunehmen, die von Menschen organisiert wird, welche er ebenfalls als Extremisten begriffte. Wie dieses Problem gehandhabt wurde, darüber klärt schließlich die Lokalpresse auf, die zu berichten wusste: »Irritationen rief eine alte Fassung des Aufrufs zur Gegenkundgebung hervor, die einen Internet-Link enthielt, hinter dem zur Abschaffung des Volkstrauertages aufgerufen wurde sowie Christdemokraten und Nazis auf einer Stufe standen. Er wurde entfernt.« Er hatte also keinen Zweifel daran gelassen, dass er das Anliegen

der Kundgebung, eine Kritik der deutschen Gedenkpolitik zu leisten und im Zuge dessen die Abschaffung des Volkstrauertages zu fordern, nicht unterstützt. Vielmehr war und ist immer wieder von einer Instrumentalisierung des Volkstrauertages durch die Nazis die Rede. Das aber wird der Sache nicht gerecht, denn es verschleierte, dass der geschichtsrevisionistische Gehalt dieses Gedenkens als eines, welches den Tätern und Opfern des Nationalsozialismus gleichermaßen gilt, bereits im Volkstrauertag als Gedenktag zu diesem Zwecke angelegt ist. Da es nun nicht möglich ist, sich inhaltlich vom Gedenken der Nazis abzugrenzen, ohne dabei ein Gedenken (auch) an die Täter des Nationalsozialismus zu verurteilen, tut man das hier zu Orte unter Verwendung des Extremismusbegriffs, mit der man zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt: man kann sich öffentlichkeitswirksam von den Nazis abgrenzen und gleichzeitig seine Ablehnung gegenüber dem antifaschistischen Protest zum Ausdruck bringen.

Der Extremismusbegriff

DEM EXTREMISMUSBEGRIFF liegt dabei das Verständnis einer Bedrohung der Gesellschaft durch »Extremisten« von den gesellschaftlich links und rechts verorteten Rändern zugrunde. Eine Differenzierung nach Einstellungen und politischen Zielen erfolgt dabei nicht. Vermittelt wird vielmehr, dass eine politische Mitte der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt. Die Komplexität der Gesellschaft geht dabei unter. Das Vorhandensein von nazistischer Ideologie in der Mehrheitsgesellschaft wird verharmlost und in ihrem Vorhandensein auf die extremen Ränder der Gesellschaft reduzierend, ausgeblendet.

Daraus ergibt sich auch die politische Relevanz der Extremismusbegriffs, denn es geht hier freilich nicht um die Kritik eines Begriffes als solchen, sondern um eine Kritik der in ihm zum Ausdruck kommenden Ideologie, bei der antifaschistisches Handeln delegitimiert und mit dem der Nazis gleichgesetzt wird und im Zuge dessen die bürgerliche Ideologie Legitimation erfährt. Denn dort, wo eine vermeintlich »normale Mitte« von ihren »Rändern« getrennt wird,

wo Naziideologie zum Randphänomen erklärt wird, wird auch die Verbindung der gesellschaftlichen Normalität zu ihr gelehrt. Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus werden zu gesellschaftlichen Randerscheinungen gemacht und die »demokratische Mitte« kann sich ihrer moralischen Erhabenheit sicher sein.

Abgeleitet ist der Extremismusbegriff aus Hannah Arendts Beschreibung totalitärer Herrschaft. Arendt analysierte das System des Nationalsozialismus in Deutschland und des Stalinismus in der Sowjetunion und fand dabei wesentliche Gemeinsamkeiten, die sie dazu anleitete, beide System als totalitäre Systeme zu kategorisieren. Ging es Hannah Arendt noch um den Vergleich einzelner Wesensmerkmale beider Regime, erfolgte in der BRD eine Zurichtung ihrer Theorie hin zu einer Grundlage für eine Gleichsetzung des Sozialismus und Nationalsozialismus. Wurde im Historikerstreit 1986/87 noch heftig darüber gestritten, ob ein Vergleich von Nationalsozialismus und real existierendem Sozialismus aufgrund der strukturell angelegten Relativierung der Naziverbrechen generell zulässig ist, gehört es heute fast zum guten Ton, die Systeme gegeneinander abzuwiegen. Die vor allem vom in Dresden ansässigen Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismus-Forschung betriebene Relativierung des Nationalsozialismus durch die Gleichsetzung dessen mit der DDR ist zwar wissenschaftlich stark umstritten, hat sich aber als Legitimationsgrundlage der BRD etabliert und folgt dabei der selben Logik wie die Extremismustheorie. Die bürgerliche Demokratie erfährt durch formale Abgrenzung Legitimation und im Zuge dessen wird alles dämonisiert, was mit dem Ziel ihrer Überwindung antritt. In dieser Denktradition wird antifaschistisches Handeln und dessen Ziel mit dem der Neonazis gleichgesetzt und mit dem impliziten Verweis auf die vermeintliche moralische Überlegenheit kann so guten Gewissens die von uns formulierte Kritik ignoriert werden. Und nur unter größter Ignoranz der Kritik kann auch erklärt werden, dass der Bürgermeister zur Teilnahme an einer Kundgebung aufrief, die von Menschen veranstaltet wurde, die er selbst als Extremisten bezeichnet.

Fazit

DER BÜRGERMEISTER FRIEDRICH RODAS hat sich also einem Begriff zu eigen gemacht, der nicht weniger zum Ziel hat, als den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Seine Ideologie steht ganz im Zeichen einer Gedenkpolitik, wie sie heute zum Volkstrauertag begangen wird. Das Ganze dient schließlich der Nicht-Auseinandersetzung mit den Gemeinsamkeiten zwischen den eigenen Vorstellungen und denen der Nazis und wohl auch der Abwehr der Einsicht, dass diejenigen, die sich zu Verteidigern der aktuellen Gesellschaftsordnung aufgeschwungen haben, im Sinne einer kritischen Gesellschaftstheorie die eigentlichen Apologeten eines totalitären Systems sind.

Rote Karten gegen Extremisten waren am Volkstrauertag in Friedrichroda nicht zu sehen. Dass dies einer kritischen Haltung gegenüber dem Extremismusbegriff und seiner Implikationen geschuldet war, mag zu bezweifeln sein. Viel eher scheint die »Abkehr von der Strategie des Schweigens«, die der Bürgermeister propagierte, nur von einem Bruchteil der Einwohner mitgetragen worden zu sein. Die Majorität übte sich statt dessen weiter in Ignoranz. Immerhin fanden sich einige Bürger_innen bei der Kundgebung des Antifa-Bündnis Gotha am Sonntag ein und auch der Bürgermeister selber war zugegen. Ob sie nun das tatsächliche Anliegen der Kundgebung unterstützen oder nur feststellen mussten, dass die Teilnahme am vormittäglichen Friedensgebet für die Opfer der Weltkriege und die Teilnahme an der abendlichen Kundgebung gegen die deutsche Gedenkpolitik in ihrer inhaltlichen Ausrichtung einander widersprachen, ist nicht klar. Letzteres würde immerhin einen Erkenntnisgewinn darstellen, sodass beides als Erfolg zu werten wäre. Wem es um den Versuch der Imagerettung des eigenen Luftkurortes ging, den müssen wir an dieser Stelle enttäuschen, denn es werden sich sicher auch nächstes Mal vermeintliche Linksextremisten finden, die die Symbiose zwischen Ignoranz und heimlicher Sympathie der Einwohner Friedrichroda und den Nazis, die ungestört ihr Heldengedenken abhalten wollen, aufdecken und stören werden.

ILMENAU: ÜBER 100 GEFLÜCHTETE ERWARTET

BIS ZUM ENDE DES JAHRES 2014 sollen etwa 120 Geflüchtete in Ilmenau untergebracht werden. Organisierten Protest gegen die Unterbringung gibt es bisher nicht, aber ein Unterstützungsnetzwerk.

Stand der Dinge

SEIT NOVEMBER 2014 werden auch in Ilmenau Geflüchtete untergebracht. Bis zum Ende des Jahres 2014 soll ihre Zahl auf etwa 120 ansteigen. Erfreulicherweise möchte man im Ilm-Kreis auf Lager verzichten und bevorzugt die dezentrale Unterbringung. Bisher stehen aber nur wenige Wohnungen im Viertel »Am Eichicht« zur Verfügung, geplant sind jedoch weitere Wohnungen, zusätzlich auch »Am Stollen« und auf der »Pörlitzer Höhe«.

Der Eichicht, wo zur Zeit etwa 20 Wohnungen verfügbar sind, ist allerdings ein Viertel, das zum einen abgelegen ist und somit den dort lebenden Menschen die Teilnahme am kulturellen oder politischen Leben erschwert. Zum anderen befinden sich im Wahlbezirk Eichicht überdurchschnittlich viele Wähler chauvinistischer Parteien¹, was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch zu Problemen führen wird.

Rassistische Reaktionen

DIE ANGSTVERZERRTEN REAKTIONEN auf die Ankündigung über das Kommen der Geflüchteten ließen auch nicht lange auf sich warten. In den Kommentarspalten der Thüringer Allgemeinen oder des Freien Worts deutschümelte es so sehr vor sich hin, dass Kommentare geblockt oder gelöscht wurden. Neben der immer selben Leier (»zu viele Kopftuchträger«, »kein Geld vorhanden«, »genug Asylbewerber hier«), tun sich die Ilmenauer Chauvinisten dadurch hervor, dass sie bevorzugt darüber lamentieren, dass sie selbst keine Wohnungen in Ilmenau fän-

den, die Geflüchteten aber wieder mal alles bekämen. In Ilmenau tobt also der gleiche rassistische Mob wie in jedem anderen Ort auch, weswegen wir hier auf die ausführlichere Wiederholung dieser Scheiße verzichten. Nur fehlt bisher noch der organisierte rassistische Protest wie in anderen Provinznestern, was an der allgemein mangelnden Organisation von Nazis und anderen Rassisten in Ilmenau liegen mag.

Unterstützung

ORGANISIERTE UNTERSTÜTZUNG existiert in Ilmenau hingegen. Aus mehreren kleinen Gruppierungen hat sich die Initiative »Flüchtlinge Willkommen in Ilmenau«² gegründet, die als ehrenamtliche Amateur-Sozialarbeiter_innen den Geflüchteten helfen wollen. Zu ihren Angeboten zählen sie u. a. Unterstützung bei Sprachschwierigkeiten, Angebote zur Gestaltung ihrer Freizeit oder die Förderung ihrer Mobilität.

Auf Politik verzichtet die Gruppe bisher vollkommen, Anthropologisierung³ reicht ihnen zur Begründung ihrer Aktivitäten. Immerhin ist genug Empathie vorhanden, um zu merken, dass Hilfe nur angebracht ist, wo sie »notwendig und gewünscht ist«⁴. Ein Vorsprung gegenüber vielen anderen Unterstützer_innen, die anderen ihre widerliche Kombination aus Gutmenschen- und Deutschtum aufzwingen möchten.

Auf den Vorwurf der rassistischen Seite, die Flüchtlinge seien fast ausschließlich Wirtschaftsflüchtlinge, reagiert die Initiative mit der Gegenbehauptung, »[f]ast keiner verlässt seine Heimat, seine Familie und seine Freunde freiwillig

¹Die AfD schnitt mit 5,4 % für Ilmenauer Verhältnisse schlecht ab, die NPD hat dort aber bezeichnende 6,2 % erreicht.

²<https://fb.com/pages/F1%C3%BCchtlinge-Willkommen-in-Ilmenau-Refugees-Welcome-to-Ilmenau/1735281380029515>

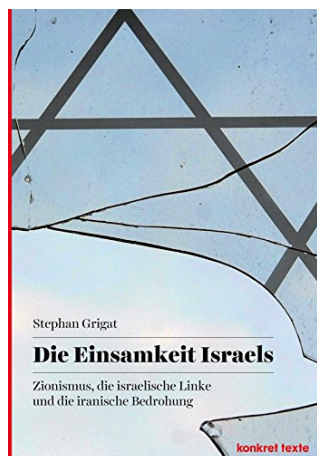
³»Willkommen zu sein, ist ein tiefer Wunsch eines jeden von uns.« »Jeder Mensch möchte in einer respektvollen, wertschätzenden und unvoreingenommenen Art und Weise behandelt werden.« Ebd.

⁴Ebd.

lig, wenn er nicht durch ein Leben in ständiger Angst, durch Hunger, Verfolgung und Verachtung dazu gezwungen wird.«¹ Anstatt also sich dafür einzusetzen, dass Menschen aus jeder beschissenen Lage dem Leid entfliehen² können sollten, verbunden mit der Forderung nach ver-

nünftigen Verhältnissen, wird die Denke der Rassist_innen – gute Flüchtlinge sind solche, die Gefahr für Leib und Leben erleiden, nicht aber solche, die ein besseres Leben wollen – in relativierter Form affirmiert.

LITERATURTIPP: »DIE EINSAMKEIT ISRAELS. ZIONISMUS, DIE ISRAELISCHE LINKE UND DIE IRANISCHE BEDROHUNG« VON STEPHAN GRIGAT



Immer wieder wird behauptet, dass der Hass auf Israel und der damit verbundene Antisemitismus in den islamischen und arabischen Ländern nur die Reaktion auf das Handeln Israels im Nahost-Konflikt wäre und nicht die Ursache dessen. Stephan Grigat zeigt in seinem Buch »Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung«, dass es eben genau der Antisemitismus in diesen Ländern ist, der hier schon immer handlungsanleitend war und immer noch ist. Er tritt als Antizionismus auf, eine Form, die der Antisemitismus nach Auschwitz annehmen musste, welcher den Hass auf Jüdinnen und Juden auf den Staat Israel richtet. Dieser herrscht nicht nur in diesen Ländern, sondern darüber hinaus, auch in weiten Teilen der globalen Linken. Grigat beschreibt, wie sich der junge Staat der Holocaustüberlebenden immer wieder zur Wehr setzen musste, um nicht vernichtet zu werden. »Dass die im Antizionismus angelegten Vernichtungsphantasien nicht Realität geworden sind, verdankt sich einzig und allein der israelischen Staatsgewalt.« (Klappentext)

Konkret Verlag 2014

184 Seiten, 19 €, ISBN: 978-3-930786-73-2

Bezug über: <http://konkret-magazin.de/konsum/konkret-texte.html>

¹Ebd.

²Selbstverständlich hebt die Flucht das Leiden nicht auf, sie mindert es nur im besten Fall.

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN KURDINNEN UND KURDEN IN SYRIEN UND IM IRAK

ZWISCHEN 300 UND 400 MENSCHEN demonstrierten am Samstag, dem 1. November 2014 durch Erfurt und solidarisierten sich mit den durch IS-Banden bedrohten und kämpfenden Kurdinnen und Kurden in Syrien und im Irak. Der Redebeitrag der Antifa Arnstadt-Ilmenau thematisiert die Notwendigkeit linker Solidarität mit den kämpfenden Kurdinnen und Kurden, die verkommenden Prinzipien linker Pazifisten und die Vereinnahmungsversuche faschistischer Hooligans. Wir dokumentieren hier den Beitrag.

»**S** EIT MEHR ALS sechs Wochen halten die kurdischen Verteidigungskräfte der YPG und ihre Verbündeten dem Großangriff der militärisch überlegenen Terrormiliz Islamischer Staat stand, die nicht nur ausgerüstet mit westlichem Kriegsgeschütz, sondern unterstützt durch die Türkei einen Feldzug bestreitet, der nur als Vernichtungskrieg noch begrifflich zu fassen ist. Die Islamisten, die bereits weite Teile des Irak und Syriens unter ihre Kontrolle gebracht haben, greifen nun in Rojava ein gesellschaftliches Projekt an, das sie zu recht als ihrem entgegengesetzt verstehen müssen. In Kobanê, dem mittleren von drei Kantonen Rojawas, stehen die Kurden und ihre Verbündeten für ein Modell demokratischer Selbstverwaltung ohne staatliche Zentralmacht ein, für eine Gesellschaft in der Frauen und Männer, Kurden und Araber, Muslime und Christen sowie andere Religions- und Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt zusammenleben. Neben der israelischen Demokratie gibt es in der Region wohl kein fortschrittlicheres Gesellschaftsmodell. Diese Gesellschaft wird attackiert von einer Armee, die religiöse Fanatiker auf der ganzen Welt geradezu aufsaugt und die gewissermaßen das Gegenmodell propagiert und praktiziert: einen religiös-fundamentalistischen, feudalen Führerstaat, der mit äußerster Gewalt gegen Minderheiten, westliche Einflüsse, emanzipierte Frauen und alle vorgeht, die sich ihm in den Weg stellen. Die Terrorherrschaft des Islamischen Staates bedeutet für die Menschen, die sich in den von den IS-Milizen kontrollierten Gebieten befinden, ein Leben in Angst.



Transparent am Tor des Erfurter Doms – Aktion zum Tag der internationalen Solidarität mit Kobanê am 1. November 2014

Die djihadistischen Milizen richten allorts Massaker an gefangenen Gegnern und der Zivilbevölkerung an. Deswegen und nicht bloß wegen der Kampfhandlungen sind zehntausende Einwohner Kobanês in die benachbarte Türkei geflohen, wo sie sich lieber von Erdoğan's Militärs drangsalieren lassen, als von IS-Kämpfern qualvoll gefoltert und ermordet zu werden. Die Frauenrechtlerin Asia Abdullah Osman, Gründungsmitglied der PYD, brachte

es in einem Interview mit der Deutschen Welle ganz trocken auf den Punkt. Sie sagte: »Die IS-Kämpfer unterscheiden nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten, sie töten alle. Frauen sind besonders gefährdet. Die kurdischen Kämpferinnen erschießen sich lieber, als in die Hände des IS zu geraten.«

Um es kurz zu machen: In Kobanê tobt der Kampf zwischen islamistischer Barbarei und einer Gesellschaft, die für das prekäre Glücksversprechen der bürgerlichen Zivilisation einsteht und damit immer auch Bezugspunkt einer radikalen, weil kommunistischen Linken sein wird. Die YPG verteidigt die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft und mit ihr tausende Menschen, die den IS-Milizen zum Opfer fallen werden, wenn man sie nicht stoppt. Deswegen geht der Kampf um Rojava uns alle an. Deswegen erklären wir uns solidarisch mit den kämpfenden Kurdsinnen und Kurden und deren Verbündeten. Deswegen müssen wir, auch angesichts der ohnmächtigen Situation einer radikalen gesellschaftlichen Linken, alles in unserer Kraft stehende tun, um den kurdischen Widerstand zu unterstützen.

Dazu gehört es auch umso heftiger an lieb gewonnenen Gewohnheiten und ideologischen Versatzstücken eines linken Pazifismus zu rütteln, der sich über Jahrzehnte auf der moralisch sicheren Seite wähnte, wenn er militärische Optionen ablehnte und kritisierte. Auch im Angesicht des Vormarsches islamistischer Mörderbanden lehnen linke Organisationen in Deutschland – im Widerspruch zu den Forderungen der kämpfenden Kurden – Waffenlieferungen an die YPG ab. Ginge es nach großen Teilen der deutschen Linken wäre Kobanê vielleicht bereits gefallen. Dabei ist das Allheilmittel linker Pazifisten, die diplomatische Lösung, ohnehin keine Option. Auf die Idee, eine Verhandlungsdelegation zum IS zu schicken, käme so schnell wohl keiner. Ohnehin hat, wer im Umgang mit islamistischen Terrorgruppen wie dem IS oder auch der Hamas auf Verhandlungen setzten möchte, deren Beweggründe nicht verstanden. So wie es der Hamas nicht um eine Zweistaatenlösung geht, sondern um die Auslöschung des israeli-

schen, geht es dem Islamischen Staat nicht um internationale Anerkennung ihrer Bewegung oder ähnliches, sondern um die Auslöschung der Ungläubigen und das sind nicht nur Juden, Christen, Atheisten, Jesiden oder andere religiöse Minderheiten sondern auch jene Muslime, die die vom IS gewollte Auslegung des Koran nicht teilen.



Mehr als 300 Menschen nahmen an der Demonstration teil

Welche Blüten aber die Realitätsverweigerung linker Pazifisten, der verkommenen Prinzipien wegen, treibt, zeigte die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Christine Buchholz. In einer Solidaritätserklärung mit dem Widerstand in Kobanê forderte sie den Stopp des US-geführten Bombardements gegen die IS-Banden. Mag sein, dass die USA am Erstarken des Islamismus in der Region durch ihr früheres militärisches Engagement nicht unschuldig sind, heute aber das Ende der amerikanischen Hilfe für Kobanê zu fordern, bedeutet die Niederlage der Kurden in Kauf zu nehmen. Ohne das Bombardement wäre Kobanê längst gefallen und auch die kurdischen Verteidigungskräfte fordern die

intensive und gezielte Bombardierung von Stellungen des IS.

Falsche Freunde findet man aber nicht nur in der sogenannten antiimperialistischen Linken, der man Buchholz zurechnen muss, sondern inzwischen auch bei Neonazis. Am vergangenen Wochenende demonstrierten mehrere tausend faschistische Hooligans in Köln vermeintlich gegen Salafisten. In Wirklichkeit nutzten sie die öffentliche Aufmerksamkeit zur Zusammenführung einer Allianz von gewaltbereiten Deutschlandfanatikern und Rassisten, die sich sonst wegen Nichtigkeiten gegenseitig die Köpfe einschlagen. Sie nehmen den IS als negativen Identifikationspunkt zum Anlass und praktizierten in Köln jenen unverkrampften, enthemmten Patriotismus, den hier ein Idiot nach dem anderen fordert, wenn Fußballgroßereignisse ins Haus

stehen und die Deutschen im Land der Wiedergut-gewordenen, aber Zu-kurz-gekommenen ihre Fahnen und Wimpel auspacken. Was dabei raus kam, war mal wieder üble rassistische Hetze, die nicht zufällig organisierte Parteinazis aus der ganzen Republik anzog. Zu recht haben linke und kurdische Aktivistinnen und Aktivisten gegen solche Zusammenrottungen von Faschisten protestiert, die auch dann unsere politischen Gegner sind, wenn sie meinen, gegen islamistische Fundamentalisten zu demonstrieren.

Als Antifaschistische Aktion stellen wir uns hinter die Forderungen des kurdischen Widerstandes in Kobanê. Es gilt alles dafür zu tun, die Terrorherrschaft des Islamischen Staates zu zerschlagen und diese Mörderbanden nicht bloß aus Rojava zu vertreiben.

Vielen Dank!«



ERGÄNZUNG ZUM REDEBEITRAG DER ANTIFA ARNSTADT-ILMENAU

KAUM WAR ES ausgesprochen, dass nur vollkommen irre Gewordene auf die Idee kommen könnten, Verhandlungen bzw. Gespräche mit den Schlächtern des Islamischen Staates anzuregen, da fand sich schon der erste Prominente, der einen solchen Vorstoß wagte. Es war der amtierende Papst Franziskus höchstpersönlich. So hieß es am 25. November in der Headline auf Spiegel Online: »Papst fordert Gespräche mit ›Islamischem Staat‹«. Ein mutiger Vorschlag, wie wir meinen. Am besten Franziskus nimmt die Sache gleich selbst in die Hand! Um den Kollegen von Spiegel Online schonmal etwas Arbeit abzunehmen, haben wir die Meldung vom Papstbesuch in der Islamisten-Hauptstadt ar-Raqqa in Syrien schonmal vorbereitet.

Papst besucht Vertreter des IS in Raqqa

Es weht ein neuer Wind im Vatikan. Nachdem der letzte Papst Benedikt seine noch in der Hitlerjugend erlernte Kinderstube vergaß und – für Päpste und Faschisten ungewöhnlich – ante mortem sein Amt niederlegte, schießt der neue Papst Franziskus auf die von Benedikt begonnene Aussöhnung mit den erzkatholischen Hardlinern. Der neue Papst wendet sich den Armen und Schwachen, den Entwürdigten und Geknechteten in der ganzen Welt zu. Und vermutlich aus diesem Grund, den IS als Wohlfahrtsorganisation für entrechtete Sunniten missverstehend, fuhr der göttliche Gesandte in die Hauptstadt der Islamisten, ins syrische ar-Raqqa.

Auf dem Hinflug wirkte Franziskus zuversichtlich wie selten zuvor. Er ist der festen Überzeugung, Gewalt sei keine Lösung. Das wollte der versöhnlich gestimmte Vertreter des einen Gottes auf Erden, den Kämpfern für den anderen einen Gott erklären. Zwar riet ihm sein Beraterstab dazu, im Hause des Henkers nicht vom Strick zu sprechen, das Gewalt-Thema lieber auszusparen, doch Franziskus wusste was zu tun war.

Angekommen in Raqqa ging alles ganz schnell, die Gespräche dauerten nur einige Minuten. Zum Abschluss der Verhandlungen bekam Franziskus ein orangefarbenes T-Shirt geschenkt und nahm mit einem IS-Vertreter in volkstümlicher Tracht (Hasskappe und schwarze Kutte) noch ein Video auf, in dem der Papst irgendwo in der syrischen Wüste und in gewohnt demütiger Haltung vorformulierte, weihnachtliche Botschaften für sein youtube-Publikum zum besten gab. Auf der Rückreise wirkte Benedikt allerdings kopflos. Vermutlich waren seine Gedanken noch immer bei jenen, die ihn liebevoll »den Ungläubigen« nannten. Auf die Botschaft kommt es an. Der Friedenswinter der Versöhnung kann kommen!



Der Papst sprach kürzlich in Raqqa mit Vertretern des Islamischen Staates. Auf der Rückreise wirkte er kopflos.

